

SeHT – unterwegs in der Politik



Dokumentation 2009 bis 2018



SeHT
SeLBSTÄNDIGKEITS-
HILFE BEI
TEILLEISTUNGS-
SCHWÄCHEN E.V.

Landesvereinigung
Rheinland-Pfalz

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
2009	
Politik - was geht mich das an? - Politisches Wochenende im Nibelungenturm Worms	5
Die SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz in Berlin	7
2010	
SeHT beim Rheinland-Pfalz-Tag in Neustadt	13
2012	
Staatssekretärin Vera Reiß übergibt Verdienstmedaille des Landes an Inge Bellmann	14
2013	
Selbständigkeitshilfe braucht den ehrenamtlichen Einsatz - SeHT beim Ehrenamtstag Rheinland-Pfalz	16
2014	
Empfang bei Bürgermeisterin Monika Kabs, Speyer	18
Was ist los in unserer Republik? - Politisches Wochenende im Nibelungenturm Worms	19
2015	
Im Gespräch mit der Politik: SeHT im Mainzer Landtag	20
2016	
Unsere Teilnahme an der „Woche der Umwelt“ im Schloss Bellevue	22
2017	
Recht auf Teilhabe verwirklichen – Elternwochenende der SeHT– Landesvereinigung Rheinland–Pfalz	26
Wir sind Europa — Länder gepuzzelt! - Wochenende in Niederbronn-les-bains	28
Europa ganz nah – SeHT in Straßburg	30
SeHT auf dem Tag der Deutschen Einheit in Mainz	32
2018	
Politische Bildung anders: SeHT im Haus der Geschichte in Bonn	34
Grenzerfahrungen – Grenzen – Politisches Wochenende in Niederbronn les bains ...	35
Zeitgeschichte hautnah: Besuch im Westwallmuseum Bad Bergzabern	37

2016 / 17

Bildungs- und sozialpolitische Thesen der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz e.V.	39
--	----

2016

Kandidaten für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, die wir anschrieben	41
Schreiben an Kandidaten zur Landtagswahl 2016	42
Antworten auf die sozial- und bildungspolitischen Thesen der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz	43
Anträge der CDU zu ADHS	46
Im Gespräch mit Ruth Ratter	49

2017

Kandidaten für die Bundestagswahl, die wir anschrieben	50
Brief an die Kandidaten zur Bundestagswahl 2017	51
Kurze Vorstellung von SeHT	52
Antworten auf die sozial- und bildungspolitischen Thesen der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz	53
Im Gespräch mit der Politik: Bundestagsabgeordneter Johannes Steiniger	58
Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	59

Die betroffenen Mitglieder von SeHT sind in der Regel Menschen mit leichten Einschränkungen. SeHT will ihnen bei einem selbstständigen Leben helfen. Sie sind auch wahlberechtigt.

Bei unseren Veranstaltungen wollen wir nicht bevormunden, sondern Wissen vermitteln und die Bedeutung Europas hervorheben. Denn ein Teil unserer Mitglieder fühlt sich unsicher in politischen Entscheidungen. Wir möchten aufklären und vermeiden, dass sie in die Fänge radikaler Gruppen geraten.

In Wochenend- und Tagesseminaren, bei Besuchen politischer Institutionen und historischer Stätten sollen sie erfahren, wie Politik funktioniert und dass es spannend ist, sich mit diesem Thema zu befassen. Die Veranstaltungen achten auf einfache Sprache. Wichtige Bausteine sind auch eigenes, aktives Gestalten und Bearbeiten des Themas. Dabei stellen wir fest, dass wir bei SeHT eine immer größerer Resonanz finden. Nach anfänglicher Skepsis haben die Teilnehmer erfahren, dass „Politik Spaß macht“.

In der kleinen Dokumentation soll vorgestellt werden, wie wir bisher arbeiteten und welche Schwerpunkte in dieser Arbeit gesetzt wurden. Wenn möglich, wollen wir diese Form der politischen Bildung auch in den nächsten Jahren fortsetzen.

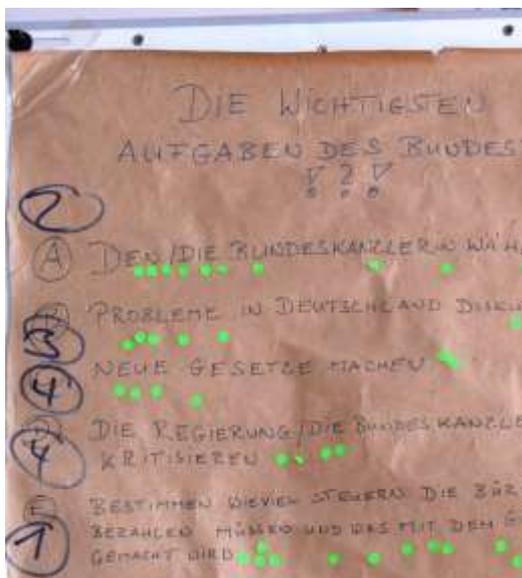
J. Bellmann

24 – 26. April 2009

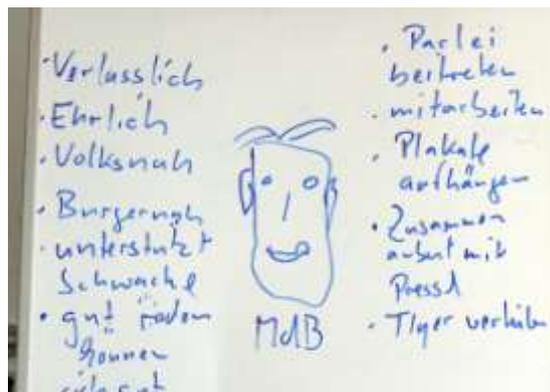
Politik - was geht mich das an?
- Politisches Wochenende im Nibelungenturm Worms



Michael Binder, Lehrer für Sozialkunde, spricht mit den Teilnehmern über die Bedeutung und Aufgaben des Bundestages. Er führt aus, wie Wahlen funktionieren, wer gewählt wird und welche Bedeutung die Parteien bei der Bundestagswahl haben.



Die Teilnehmer stellen die Aufgaben eines Bundestagsabgeordneten zusammen. Sie überlegen, welche Eigenschaften ein Abgeordneter haben soll.



Danach wird eine Wahl simuliert.



Der Balkon dient als Wahlkabine



Der Wahlzettel kommt in die Urne.



Am Schluss wird ausgezählt, das Wahlergebnis ermittelt und bekanntgegeben.

Jetzt können alle beruhigt zur Wahl gehen.

Dies Wochenende diente auch der Vorbereitung unserer Berlinfahrt im Juni. Dort werden wir den Bundestag live erleben.

9. Juni – 13. Juni 2009

Die SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz in Berlin

1. Tag

Den Anfang nahm unser Trip um 9.30 Uhr am Mannheimer Hauptbahnhof, als erste Sammelstelle der aus Speyer, Ludwigshafen und dem Saarland herkommenden Teilnehmer. Gegen 14h kamen wir am neuen Berliner Hauptbahnhof an, dem anlässlich der Fußball-WM 2006 zur Fünfstöckigkeit ausgebauten ehemaligen Lehrter Bahnhof. Sodann begaben wir uns in den Untergrund, denn die nächste Station war der Bahnhof Friedrichstraße, historischer Berliner Hauptbahnhof, der aufgrund seiner späteren Grenzlage diese Funktion nicht mehr wahrnehmen konnte. Von dort aus gab es einen nochmaligen Umstieg, bis wir dann von der Haltestelle Oranienburger Straße aus unser Drei-Sterne-Hotel Augustinenhof zu Fuß erreichen konnten.

Wir hatten recht angenehm eingerichtete und ausgestattete Zweibettzimmer.



Gegen Abend machten wir einen Spaziergang zur Museumsinsel, einem Areal mit mehreren kulturträchtigen Ausstellungshäusern: das Alte Museum, das Pergamonmuseum und das Bode-Museum mit antiken Kunstschatzen und die Alte Nationalgalerie mit Exponaten der Neuzeit.

Auch Frau Merkels Wohnung befindet sich nahe der Museumsinsel – alles in allem, bis auf die ständige Polizeipatrouille, recht unscheinbar.

Weiter spazierten wir durch die

Hackeschen Höfe und ließen uns auf dem Hackeschen Markt nieder, um (eingedenk unserer finanziellen Grenzen nicht allzu) fürstlich zu speisen.

Trotz des außerordentlich dichten öffentlichen Verkehrsnetzes wurden uns die doch größeren Berliner Dimensionen und Entfernungen augenscheinlich – wenn auch vielmehr in den Füßen denn in den Augen.

Freilich zeigte sich da alsbald Müdigkeit. So machten wir uns nach 21h auf den „Nachhauseweg“.

Hier zeigten sich die Schattenseiten eines Großstadtlebens: In den Seitenstraßen schlug mancher Obdachlose sein „Nachtquartier“ auf dem Bürgersteig auf; in geschäftigeren Straßen ging man dem ältesten Geschäft der Menschheit nach.



2. Tag

Nach dem Frühstück stand heute der Besuch des Regierungsviertels auf dem Programm. Eine Reiseleiterin erklärte uns das Regierungsviertel zunächst rein „äußerlich“. Um West- und Osthälften Berlins und damit den Westen und Osten Deutschlands nach der Wiedervereinigung symbolisch zu verbinden, entschied man

sich dafür, die Regierungsgebäude in einer langen Reihe über der ehemaligen Grenze anzulegen – dem „Band des Bundes“.



Um dieses Band des Bundes herum macht die Spree eine Schleife und rahmt es noch einmal zusätzlich ein.

Das berühmte Holocaustdenkmal war unsere nächste Station. Es erinnert an den durchorganisierten Massenmord an Juden unter der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft. Den meisten von uns kam es so vor, als wollte es die beklemmende einengende Stimmung von damals übermitteln, mit seinen, gleich-

sam, Meer aus mannsgroßen, grauen, blanken Betonquadern, deren Höhe wellenförmig auf- und abnahm und durch die man in ihrer mathematisch-korrekt-kalten Quadratanordnung gerade so durchzugehen vermochte.

Logisch vollkommen stringent, und gerade deshalb die Orientierung vernichtend. Eine frappierende Analogie zur NS-Ideologie – nicht zuletzt auch deshalb, weil die Quaderabstände gerade so sind, dass man recht mühelos darüber hüpfen und so eine Direktkonfrontation mit dem Innenraum fast spielerisch vermeiden kann – wie es zu viele Leute zur Nazizeit ja getan haben. Auch könnten diese Quader Särge symbolisieren für die unzähligen Opfer in den Konzentrations-lagern, die einer würdigen Bestattung beraubt wurden.



Mittags teilten sich die Gruppen auf und machten eigenständige Besichtigungen. Ich schloss mich der Gruppe von Herrn Fröhlich und Frau Bellmann an, die einkaufte und im KaDeWe, das „Kaufhaus des Westens“ mit überraschend moderaten Preisen, einen Kaffee tranken. Um 16 h erhielten wir dann eine Führung durch den Reichstag. Sie begann, im benachbarten Paul-Löbe-Haus, das unterirdisch mit dem Reichstag verbunden ist.

Entsprechend aufwändig waren die Sicherheitsvorkehrungen. Man musste zunächst durch eine Art Schleuse. Sodann hieß es Rucksäcke aus, Jacken aus, Taschen leeren und alles auf Förderband legen zum Zweck des elektronischen Durchleuchtens; auch wurden wir in Flughafenmanier gescannt und gefilzt. Jedoch erhielten wir unsere Sachen wieder, neben Namensschildern, die wir gut sichtbar an unsere Kleidung zu heften hatten. Nun empfing uns ein Sicherheitsmitarbeiter und geleitete uns zur Kantine. Hier gab es einfache Hausmannskost.



Das Innere des Paul-Löbe-Hauses wirkte auf mich mehr als schlicht, um nicht zu sagen, spartanisch-technokratisch. Die Wände präsentierten sich in blankem, wenn auch edlem und feinsäuberlich verarbeitetem Beton. Von ähnlicher Gräue war auch der Fußboden und die Polster der mannigfachen Sitzgelegenheiten, das viele Glas der balkonhaft aufgebauten und daher einsehbaren Oberetagen

samt ausladender Aufzugstore tat ein übriges zur Gesamtwirkung.

Danach führte man uns in ein Sitzungszimmer, worin sonst Ausschüsse tagen, und ein Mitarbeiter des CDU-Abgeordneten Norbert Schindler stand uns Rede und Antwort.

Hier erfuhren wir nun, was hinter den Kulissen abläuft, wenn ein Gesetz in der Mache ist: Die Kabinettsitzungen, die Kanzler und Minister unter sich abhalten, sind nur die Spitze eines gewaltigen Eisbergs. Neue Gesetzestexte werden zu verschiedensten Ausschüssen weitergeleitet (z. B. Agrar, Wirtschaft, Umwelt, Finanzen usw.), wo sie auf Herz, Nieren und Stimmigkeit überprüft werden, in penibelster Akribie. Dabei kommt es auf jedes Wort an, jede Nuance, jedes Komma, denn mehrdeutige und missverständliche Formulierungen haben weitreichende Folgen. Entsprechend kann sich diese Arbeit Wochen, Monate, Jahre hinziehen – nicht zuletzt auch, weil die komplizierte Verschachtelung Bund – Land – Gemeinde für einige Hürden sorgt. Als Beispiel diente die Planung, im Rhein-Neckar-Dreieck einen weiteren Inlandsflughafen zu etablieren. Mitspracherecht und -pflicht haben



die zuständigen Bürgermeister, die Bezirksleiter, die Ministerpräsidenten (im Rhein-Neckar-Dreieck Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen), der Bund freilich; und falls, was auch angedacht wurde, man bestreben sollte, den Mannheimer Flughafen der US-Army zu erhalten und zu entmilitarisieren, würde es sogar international.

Nach diesem sehr aufschlussreichen Gespräch gingen wir durch den unterirdischen Verbindungsgang hinüber zum Reichstag. Wir mussten Jacken und Gepäck an einer Garderobe abzugeben. Nach längerer Wartezeit durften wir schließlich die Empore betreten; ein Reichstagsmitarbeiter erklärte uns (und anderen Touristen und Schülern auf den Nachbaremporen), was so alles abließ im Reichstag und vor allem wie.



Bestätigt wurde noch einmal, dass die eigentliche Arbeit in den Ausschüssen, Ministerien und im Kanzleramt stattfindet. Die Tagungen im Plenarsaal dienen in der Tat nur dem argumentativen Schlagabtausch zwischen Parteien und Fraktionen vor der Öffentlichkeit. ARD, ZDF und Phoenix haben je eine festinstallierte Kamera, letzterer Sender überträgt die meisten Sitzungen live. Chef im Ring ist der Bundestagspräsident, der nicht nur die Tagungen eröffnet, die Themen benennt und die

Redner aufruft, sondern der ebenfalls darauf zu achten hat, dass die Spielregeln eingehalten werden: Erstens Redezeit und Redethema. Zweitens, wenn Abgeordneter durch allzu aufdringliche Zwischenrufe und / oder sonstige Störungen auffällt, kann und muss ihn der Präsident des Saales verweisen – auch für mehrere Sitzungen. Natürlich bestiegen wir auch die Kuppel und genossen den großartigen Ausblick über das abendliche Berlin.

Dann ging es ans Auschecken, das weniger aufwändig vonstatten ging als das Einchecken. Bei verstärkt rauem und kühlem Wetter suchten wir unseren Weg zum Hotel auf.

3. Tag

Heute stand der Besuch des berühmten Zoologischen Gartens auf dem Plan. Doch zuvor war die obligatorische Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu bewältigen, die am Bahnhof Zoo endete – jener Station, die dem Buch „Wir Kinder vom Bahnhof Zoo“, seinen Namen verlieh.

Gegenüber vom Bahnhof Zoo liegt die Gedächtniskirche. Das Originalgebäude fiel im Zweiten Weltkrieg den Bomben zum Opfer und ist heute ein kleines Museum für die Hohenzollerndynastie des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, der Kaiserfamilie. Ein



unkonventionell postmoderner und im Inneren beabsichtigt dunkelbläulich-düsterer Bau unmittelbar neben der alten Kirche dient nunmehr als Gotteshaus.

Bereits vormittags funkte uns ein Dauerwolkenbruch dazwischen. So suchten die meisten von uns recht bald in den zahlreichen Behausungen im Zoo Zuflucht, wo jene Tierarten behaust waren, die nicht unter freiem Himmel unterzubringen waren, wie Affen, Wildkatzen, Nacht- und Wassertiere.

Knut hat ein separates Etablissement

abseits der anderen Eisbären, wie man es von einem Superstar erwartet. Selbstredend hatte es unmittelbar an seinem Areal einen Souvenirstand mit der Möglichkeit des käuflichen Erwerbs, wovon reger Gebrauch gemacht wurde, auch von unserer Seite. Gegen Mittag meldete sich bei den meisten von uns der Hunger, so dass wir das Zoorestaurant mit solider Imbisskost wie Currywurst, Schnitzel und Pommes aufsuchten.

Einige von uns machten nachmittags die Stadt unsicher; ich jedoch gehörte zu jenen, die sich eine Auszeit in Gestalt eines ausgedehnten Mittagsschlafes gönnten, um bei der abendlichen Spreerundfahrt fit zu sein.



Doch die Erreichung des Anlegeplatzes erwies sich als ziemliche Tortur. Geschickter Weise suchten wir uns auch noch einen äußerst naturbelassenen Fußweg aus, dessen Pfützen zu umgehen einiges an Akrobatik erforderte.

Im Schiff jedoch wurden wir für die Tortur belohnt. Wir bekamen die geschichts-trächtigen Stätten Berlins noch einmal aus anderem Blickwinkel vor

Augen geführt Garniert wurde das Ganze durch ein Dreigängemenü aus Cremesuppe, Gulasch mit Nudeln und Roter Grütze.



4. Tag

Nunmehr ging es ans Eingemachte – die Mauer, oder vielmehr das, was davon noch übrig ist, wurde von uns besucht. Aufgrund der Lautstärke des Verkehrs und der Intensität des Windes suchten wir zunächst ein geschütztes Eck auf,



um den Ausführungen der Reiseleiterin möglichst unbeeinträchtigt folgen zu können, bevor wir die wichtigsten Stationen der Mauer – sowohl geographisch als auch historisch – abschritten.

Zwischenzeitlich suchten wir den ehemaligen Hitlerführerbunker auf, der inzwischen zugeschüttet und verriegelt wurde, um keine Wallfahrtsstätte für Rechtsradikale zu werden. Da auf ehemaligem Ostgebiet in ziemlicher Nähe zum Ex-Westsektor gelegen, baute die DDR-Administration zu Propagandazwecken für DDR-Verhältnisse recht schicke Wohnkomplexe, um dem Westen zu demonstrieren, der Sozialismus „funktioniere“ und „es ihm gut gehe“. Einquartiert wurden entweder hohe Funktionäre oder aber vermutete Regimegegner, die man effizienter überwachen wollte. Die Unternehmung endete am Checkpoint Charlie, wo die Gruppen sich zu individuellen Nachmittagsunternehmungen zusammenfanden.



Ich schloss mich Frau Sheffer an, und wir machten eine Rundfahrt um und durch Berlin mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Um 17h besuchten wir noch, gerade für eine Stunde, das Deutsche Museum.

Abends tafelte meine Gruppe in einem originellen SzenereRestaurant nahe unserer Unterkunft. Jedoch würde für viele von uns der Abend nicht lang, denn des morgigen Tags hieß es: Heimfahrt!

5. Tag

Um halb eins fuhr unser ICE nach Mannheim vom Hbf. Berlin ab, und um 10h war deshalb der Abmarsch. Freilich war es wieder ein größerer Aufwand, alle Leute rechtzeitig zusammen zu bekommen und auf dem Bahnhof zusammen zu halten. Im Zug hatten wir diesmal die klassischen Sechserabteile, was uns eine willkommene Ruhe bescherte.

Die meisten von uns verabschiedeten sich am Mannheimer Bahnhof, so auch ich, der ich nach Ludwigshafen weiterzufahren hatte. Einige hatten es weiter, bis nach Saarbrücken sogar.

Christian Damian

11. – 13. Juni 2010

SeHT beim Rheinland-Pfalz-Tag in Neustadt



So sah unser informativ gestalteter Pavillon aus.



Wir freuten über das Interesse von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und der CDU Landesvorsitzenden Julia Klöckner.



17. Februar 2012

Staatssekretärin Vera Reiß übergibt Verdienstmedaille des Landes an Inge Bellmann aus Speyer

"In außerordentlicher Weise setzt sich Ingeborg Bellmann seit Jahren für die Interessen von Kindern und Jugendlichen ein, die auf ihrem Bildungsweg mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Sie hilft damit auch den Eltern, deren Kinder von einer Rechenschwäche oder vom Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom, sei es nun in der Form von ADS oder von ADHS, betroffen sind." Das unterstrich Vera Reiß, Staatssekretärin im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, die heute die Verdienstmedaille des Landes in Vertretung des Ministerpräsidenten an Ingeborg Bellmann überreichte.



Menschen, die an motorischen Einschränkungen, an Formen des Aufmerksamkeitsdefizitssyndroms (ADS oder im Verbund mit Hyperaktivität ADHS), an Legasthenie (Lese-Rechtschreibschwäche) oder Dyskalkulie (Rechenschwäche) leiden, haben es nicht immer leicht, in ihrem Umfeld Verständnis zu finden. Die Selbsthilfeorganisation "SelbständigkeitsHilfe bei Teilleistungsschwäche" (SeHT e.V.) bietet dieser vor allem in den letzten Jahren wachsenden Gruppe von Betroffenen und ihren Familien in vielfältiger Weise Rat und Unterstützung. Mit der Gründung des Vereins SeHT sei erreicht worden, dass die Beeinträchtigung und ihre Ursachen heute einer breiten Öffentlichkeit bekannt seien, und dass heute ein starker Partner für die Betroffenen und ihre Familien existiere.

Bereits seit vielen Jahren engagiert sich Ingeborg Bellmann intensiv bei SeHT. So habe sie 1995 bis 1998 im Vorstand mitgearbeitet und nehme seit Oktober 2005 das Amt der Landesvorsitzenden wahr. In dieser Zeit habe sie dem Verein auch neue Impulse für das Therapie-, Beratungs- und Trainingsangebot für betroffene Kinder, junge Erwachsene und ihre Angehörige gegeben. Beispielhaft hier für sei ihr Einsatz als Vorsitzende des Reiterhofs Kinderhilfe e.V. in Ludwigshafen-Oggersheim. Mit großem Erfolg bietet dieser Verein unter anderem Kindern und Jugendlichen heilpädagogische Aktivitäten mit Pferden an.

Auch beruflich habe sich Ingeborg Bellmann über das normale Maß hinaus für die Bildung junger Menschen eingesetzt. Als Lehrerin am Gymnasium am Kaiserdom in Speyer habe sie unter anderem bereits in den 70er Jahren Informationsveranstaltungen für Eltern organisiert, die sich mit der Schullaufbahnberatung, mit Erziehungsfragen allgemein, mit

der Medienpädagogik und vielem mehr befassten. Heute zählen solche Elterninformationsveranstaltungen zum Standard der Schulen.

"In vorbildlicher Weise haben Sie sich für beeinträchtigte Menschen eingesetzt. Diese Arbeit haben Sie ausnahmslos ehrenamtlich erledigt, was ein großes Engagement und einen hohen Einsatz verlangt", würdigte Vera Reiß und ergänzte: "Ich freue mich, Ihnen für diesen besonderen Einsatz die Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz überreichen zu dürfen."



Mitglieder des Vorstandes, Werner Fröhlich und Elisabeth Sheffer, hatten die Initiative ergriffen und Inge Bellmann dem Landtagsabgeordneten Dr. Axel Wilke für diese Auszeichnung vorgeschlagen. Die festliche Überreichung der Medaille fand im großen Saal des Ministeriums statt. Neben Mitgliedern des Vorstandes von SeHT nahmen Vertreter der Pfarrgemeinde St. Otto und eine Mitarbeiterin des Reiterhofes der

Kinderhilfe teil. Dr. Walter Herrmann überbrachte Grüße und Glückwünsche der Bundesvereinigung. Sogar der Oberbürgermeister von Speyer, Hansjörg Eger, nahm sich die Zeit, um dieser Ehrung beizuwohnen und zu gratulieren.

Ein liebevoll ausgerichteter Sektempfang rundete die Veranstaltung ab.

29. September 2013

**Selbständigkeitshilfe braucht den ehrenamtlichen Einsatz
- SeHT beim Ehrenamtstag Rheinland-Pfalz**

Die Selbständigkeitshilfe bei Teilleistungsschwächen - Landesvereinigung Rheinland-Pfalz (SeHT) war beim landesweiten Ehrenamtstag 2013 auf der Hauptstraße in Speyer mit einem Informationsstand vertreten. Das war es ein „Heimspiel“ für die Landesvorsitzende



Inge Bellmann, denn sie wohnt in Speyer und zahlreiche SeHT-Treffen und Tagungen, zuletzt die 25-Jahr-Feier, wurden in den Räumen der Speyerer St. Otto-Gemeinde durchgeführt.



Der Informationsbedarf über Teilleistungsschwächen und das Angebot an Hilfsmöglichkeiten ist nach wie vor groß. Das zeigte sich an dem regen Interesse von Besucherinnen und Besuchern, die bei SeHT



stehen blieben. Zum Teil ging es in den Gesprächen um eigene Betroffenheit oder um die von Angehörigen, zum Teil um Nachfragen von Menschen, die bereits ehrenamtlich oder hauptberuflich im sozialen oder therapeutischen Bereich tätig sind, schließlich aber auch darum, wie man sich selbst in die Ehrenamtsarbeit einbringen kann.

An politischer und gesellschaftlicher Anerkennung des Ehrenamts fehlt es nicht. Das zeigt die 10-jährige Tradition des Ehrenamtstags, der von der Staatskanzlei organisiert und mit öffentlichen Mitteln und durch Sponsoren unterstützt wird, sowie an der im Fernsehen live übertragenen Preisverleihung. Die politische Prominenz



war entsprechend zahlreich vertreten. Am Stand von SeHT konnten unter anderem die Ministerpräsidentin Malu Dreyer, die Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag, Julia Klöckner, sowie der Speyerer Oberbürgermeister Hansjörg Eger begrüßt werden.

Die Landesvorsitzende Inge Bellmann freut sich über so viel politisches Interesse. „Das hilft uns und erhöht unseren Bekanntheitsgrad. Wichtig ist die öffentliche Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements. Es geht nicht ohne. Selbständigkeitshilfe kann weder durch Sozialhilfe noch durch Therapie ersetzt werden. Wir brauchen die aktive Mitwirkung der Betroffenen. Wir brauchen die Hilfe der Angehörigen. Wir brauchen Erzieher, Lehrer und Arbeitgeber, die Geduld und Verständnis haben für kleine und große Menschen mit

Teilleistungsschwächen. Und wir brauchen Ehrenamtliche, die dabei helfen, den Verein zu organisieren, ein lebendiges Programm zu gestalten und die nötigen finanziellen Mittel aufzubringen“.

Ohne Einsatz kein Erfolg

Die Selbständigkeitshilfe bei Teilleistungsschwächen hat im Jahr 2013 das 25-jährige Jubiläum gefeiert. Inge Bellmann, seit 2005 Vorsitzende der Landesvereinigung Rheinland-Pfalz, sieht ebenso Erfolge wie weiter bestehende und neue Defizite. Die Sensibilität für gesellschaftliche Diskriminierung hat sich erhöht, neue staatliche



Hilfen, Förderungsmöglichkeiten und Integrationsangebote sind geschaffen worden, viele neue Selbsthilfegruppen sind gegründet worden. ADHS die Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung - vor 25 Jahren begrifflich noch nicht bekannt - hat breites öffentliches Interesse und Kontroversen hervorgerufen.

Die Chancen für Menschen mit Teilleistungsschwächen auf dem freien Arbeitsmarkt sind allerdings nicht gewachsen. Zwar gibt es immer wieder Arbeitgeber, die bereit sind, Menschen mit Teilleistungsschwächen einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bieten. „Es sind aber immer noch zu wenige“, so Bellmann, „und immer noch gibt es zu viele leistungsfähige und leistungswillige Betroffene, die jahrelang erfolglos nach einem Arbeitsplatz suchen“.

„Integrationsbetriebe sind wichtig und wir freuen uns darüber, dass z.B. die Gartenschau Kaiserslautern und seit diesem Jahr auch die Kantine der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd in Neustadt von Integrationsbetrieben geführt werden. Wichtiger noch als Integrationsbetriebe aber sind Unternehmen, die von sich aus und ohne staatlichen Zwang oder Förderung bereit sind, Menschen mit Teilleistungsschwächen zu beschäftigen. Auch solche Betriebe gibt es natürlich und ich wünsche mir, dass es mehr werden“.

Nach wie vor haben Menschen mit Teilleistungsschwächen damit zu kämpfen, ihren Platz in Beruf und Gesellschaft zu behaupten. Eine eigene Wohnung zu unterhalten, eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung und gute Freunde zu finden, mit den eigenen Finanzen zurecht zu kommen, eine angemessene Berufstätigkeit ausüben und behalten zu können: Das alles ist für Menschen mit Teilleistungsschwächen mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Die Vereinigungen von SeHT sehen ihre Aufgabe darin, immer wieder auf diese Situation hinzuweisen, Hilfsangebote zu organisieren und Menschen dafür zu gewinnen, sich ehrenamtlich einzusetzen. Gelegenheit dafür gibt es reichlich, sei es im Jobpatenprojekt, bei den Trainingsfreizeiten, bei SeHT on Tour, bei Seminaren und Schulungen, bei der Organisation von Feiern und Tagungen, bei der Spenden- und Mitgliederwerbung oder bei der Vereinsorganisation. SeHT hat für jeden etwas zu tun.

Werner Fröhlich

27. April 2014

Empfang bei Bürgermeisterin Monika Kabs, Speyer

Jedes Jahr sprachen die Teilnehmer der Bundesfachtagung in Bad Honnef darüber, wie schön gegenseitige Besuche wären. Ende April war es endlich so weit. Acht Münsteraner, darunter Miele Pinke, die Vorsitzende von SeHT Münster, machten sich auf den Weg nach Speyer. Die Rheinland-Pfälzer hatten ein Programm zusammengestellt, um den Gästen Speyer und ein Stückchen der Pfalz zu zeigen.



Am Samstag
Vormittag
begrüßte uns

Bürgermeisterin Monika Kabs sehr herzlich im schönen Trausaal des Rathauses. Sie stellte ihre Arbeit als Sozialdezernentin vor und sprach über die Bemühungen der Stadt zum Thema Teilhabe und Inklusion. Dabei ergaben sich zahlreiche persönliche Gespräche. Am Schluss bewirtete sie uns mit Getränken und Brezeln, dem Speyerer Nationalgebäck.



31. Oktober / 02. November 2014

**Was ist los in unserer Republik?
- Politisches Wochenende im Nibelungenturm Worms**

Aus aktuellem Anlass wurde das Thema geändert: „**Was ist los in unserer Welt?**“

Was bewog die Veranstalter ein so sperriges Thema ins SeHT-Programm zu nehmen? Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bedingt, dass sich die Betreffenden über das, was in unserer Gesellschaft passiert, interessieren und informieren müssen, auch über Politik.



Natürlich interessierten die Sportereignisse des Jahres mehr als die aktuellen politischen Probleme. Vielleicht gehen wir komplizierten und komplexen Fragen auch lieber aus dem Weg. Vielleicht denkt auch der eine oder andere, dass er es ohnehin nicht versteht.

Die Tagung begann damit, dass aus Zeitungen und Zeitschriften Collagen zu wichtigen Ereignissen hergestellt wurden. Dabei tauchten bereits einzelne Fragen auf: Müssen wir Angst haben, dass Ebola auch zu uns kommt? Wieso gibt es immer wieder Konflikte in Israel? Wie kommt es zum Krieg in Syrien? Was bedeutet IS? Warum sind diese Leute so gefährlich?



Am Nachmittag erklärte Inge Bellmann mit Hilfe von kleinen Fernsehspots wie die Konfliktherde entstanden und welche Parteien daran beteiligt sind. Gespanntes Zuhören, es war gar nicht so langweilig, wie befürchtet.



Dennoch, es war „harte Kost“. So war der entspannte Abschluss Geo-caching am Sonntagmorgen wohl verdient. Und es bleibt zu hoffen, dass die Gruppe einem weiteren „Politischen Wochenende“ nicht ganz abgeneigt ist.

12. September 2015

Im Gespräch mit der Politik: SeHT im Mainzer Landtag

Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Dr. Axel Wilke (CDU) war eine 20-köpfige Gruppe der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz zu Besuch im Mainzer Landtag. Der Landtagsabgeordnete hatte eine Führung organisiert und machte sich bei einer anschließenden Diskussion im Plenarsaal des Landtags mit Zielen und Arbeitsweisen von SeHT bekannt.



Dr. Axel Wilke, von Beruf Notar, ist seit 2006 Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Speyer. Er ist Mitglied im Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz und in der Strafvollzugskommission. Für die Landtagswahl 2016 ist er wiederum als A-Kandidat seiner Partei nominiert worden.

Die Vorsitzende der Landesvereinigung, Inge Bellmann, machte deutlich, was im Feld der verschiedenen Selbsthilfegruppen, Behinderten- und Wohlfahrtsverbände die besondere Aufgabe und das hauptsächliche Anliegen der Selbständigkeitshilfe bei Teilleistungsschwächen ist. SeHT hat sich zum Ziel gesetzt, Menschen mit Teilleistungsschwächen zu einer selbstständigen Lebensführung zu verhelfen. Dazu gehören die Eingliederung in die Arbeitswelt, die eigene Wohnung und ein lebenswertes soziales Umfeld.



Betroffene sollen nicht durchgehend von ihrer Familie abhängig oder auf Hilfe von außen angewiesen sein. Diese Selbsthilfe ist anerkanntermaßen gemeinnützig, sie hilft den Betroffenen konkret und sie entlastet staatliche Stellen und Wohlfahrtseinrichtungen. Für eine nachhaltige und kontinuierliche Arbeit braucht es aber auch die Unterstützung durch Politik und Gesellschaft. „Deswegen bemühen

wir uns darum, politische Funktionsträger mit der Arbeit von SeHT bekannt zu machen“, so Inge Bellmann.

Zur Vorbereitung des Besuchs im Landtag hatte die SeHT-Landesvereinigung in einer Arbeitsgruppe die Positionen und aktuellen sozialpolitischen Fragestellungen zusammengestellt und an Dr. Wilke übermittelt. In der Besprechung konnten einige Forderungen verdeutlicht werden.

Handlungsbedarf sieht SeHT insbesondere bei geeigneten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Menschen mit Teilleistungsschwächen. Einfache Arbeitsplätze in Unternehmen und Betrieben sollten nicht abgeschafft werden. Gerade sie bieten dauerhafte Aussichten für Betroffene.

Nach Auffassung von SeHT fehlt es an einer neutralen Anlaufstelle zur „Beratung aus einer Hand“, damit die verschiedenen Hilfsangebote von Arbeitsämtern, Sozialämtern, Bildungseinrichtungen, Integrationsämtern und Beratungsstellen koordiniert und effektiv zum Einsatz gebracht werden können.

SeHT ist für Inklusion am Arbeitsplatz. Inklusion ist volkswirtschaftlich günstiger als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit über ALG II. Deswegen sollten Arbeitgeber, die durch die Einstellung und Betreuung von Menschen mit Teilleistungsschwächen personellen und finanziellen Mehraufwand haben, Ausgleichszahlungen erhalten.

Die Förderung von Selbsthilfeorganisationen sollte entbürokratisiert und vereinfacht werden, denn durch Verminderung des Verwaltungsaufwands könnten die verfügbaren Gelder effektiver eingesetzt werden.

Die SeHT-Gruppe wies schließlich auch darauf hin, dass angesichts der Flüchtlingsströme nach Deutschland und der dadurch steigenden Soziallasten Ängste aufgekommen sind, dass deswegen Hilfen für Betroffene gekürzt werden und deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt noch weiter vermindert werden.

Bei Dr. Wilke fand die SeHT-Gruppe ein offenes Gehör. Er will sich mit den Experten seiner Fraktion darüber beraten, wo Verbesserungsbedarf besteht und wo konkret geholfen werden kann. Für die Absicherung politischer Initiativen wäre es allerdings auch notwendig, konkrete Beispiele zu benennen und nachzuweisen, dass Änderungsvorschläge und Alternativen realisierbar seien und tatsächlich zu Verbesserungen führten.



Inge Bellmann kündigte an, dass SeHT diese Anregungen aufgreifen werde. Die sozialpolitische Diskussion soll weitergeführt und vertieft werden. Hierzu plant die SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz, im Vorfeld der Landtagswahl 2016 mit weiteren Wahlkandidaten aus der Region Kontakt aufzunehmen.

Werner Fröhlich

06. – 09. Juni 2016

Unsere Teilnahme an der „Woche der Umwelt“ im Schloss Bellevue



Was steckt hinter dem Namen „Woche der Umwelt“?

Die „Woche der Umwelt,, ist eine große Ausstellung, für die insgesamt nur 200 Aussteller zugelassen worden waren. Sie präsentierten herausragende Erfindungen mit den inhaltlichen Schwerpunkten Biologie, Chemie und Technik, die alle mit dem Schutz der Umwelt zu tun haben.

Als Aussteller waren überwiegend große Unternehmen, auch einige kleine Firmen sowie Universitäten mit ihren hoch spezialisierten Forschungsprojekten zu finden.



Unsere Gruppe von SeHT-RLP war als Selbsthilfegruppe mit ihren sozial ausgerichteten Projekten eine Ausnahme unter den Ausstellern. Statt irgendwelcher Erfindungen zeigten wir unsere 68 Projekte zur Umweltbildung, die wir in den vergangenen zehn Jahren durchgeführt hatten, um unsere Umwelt viel genauer kennenzulernen.

Wie sah unser Stand aus?

Unser Stand mit einer Fläche von 3m x 3m und drei Wänden war im wahrsten Sinne des Wortes eine Nische, die für uns genau passend war. An der Rückwand hingen drei große



Messtafeln, für die Inge Bellmann und Werner Fröhlich die Texte geschrieben und einige Fotos ausgewählt hatten. Besucher, die vorne am Stand vorbeigingen, konnten die Bilder und die Texte gut lesen und an diesen Beispielen einen ersten Eindruck davon bekommen, was unsere SeHT-Gruppe in den letzten Jahren gemacht hatte.

Die Themen der Messetafeln waren wohl durchdacht ausgewählt worden und passten optimal zu den großen Themenbereichen der gesamten Messe: „In den Rheinauen“ (Biologie), „Im Kräutergarten vom Kloster Lorsch“ (Biologie und Chemie) und „Abfallentsorgung im modernen Müllheizkraftwerk“ (Technik).

Wie hatten wir unsere Umwelt-Projekte aus den letzten Jahren an diesem Stand präsentiert?

Inge Bellmann hatte mit viel Zeitaufwand ganz unterschiedliche Materialien zusammengestellt, mit denen wir unsere Aktivitäten im Rahmen von „SeHT – unsere Umwelt“ vielen Interessierten sehr anschaulich



erklären konnten:

Zwei Flyer mit Informationen über das Konzept von SeHT-RLP zum Thema „Umweltbildung für und mit Menschen mit Beeinträchtigungen“

Zwei Fotobücher ohne Text, die zu jedem der 68 Projekte vier bis sechs großformatige Fotos enthielten

Zwei Fotobücher mit Text, in denen die gleichen und noch mehr Fotos in kleinerem Format durch überschaubare Erläuterungen beschrieben wurden

Sechs Puzzles zu Fotos aus den Projekten, die ergänzt wurden durch einen Stapel Aktionskarten, so dass die Puzzleteile auch als Gesellschaftsspiel mit Gruppen von 3-8 Personen geeignet sind

Drei Quartette, die die Fotos aus den Projekten thematisch gruppieren und die sich ebenfalls als Gesellschaftsspiel eignen und so die Erinnerung an die Aktivitäten bei den Beteiligten wach halten.

Drei Memorys, die ebenfalls Fotos aus den Projekten enthielten, wobei bei jedem Paar erklärt werden muss, zu welcher Aktion das Bild gehört.



Wie liefen die beiden Tage bei der „Woche der Umwelt“ für uns an unserem Stand ab?



Wie es bei jeder Messe völlig normal und üblich ist, gingen die meisten Messebesucher einfach an unserem Stand vorbei und warfen nur einen flüchtigen Blick auf unsere Info-Tafeln und unsere Materialien. Das war gut so, denn an beiden Tagen waren jeweils über 7 000 Personen auf dem Gelände und es wäre für uns unmöglich gewesen, so vielen Leuten etwas über SeHT zu erzählen.

Pro Tag blieben etwa 40 Messebesucher jedoch stehen und schauten sich interessiert die Fotobücher, die Memory-Karten und die anderen Materialien an. Die verschiedenen Spiele fanden großes Interesse und wurden gelobt. Die Leute hörten unseren Erklärungen aufmerksam zu und stellten verschiedene Fragen, um Manches noch etwas genauer zu erfahren. Hier erzählen Christa, Martin und Andreas, was sie gemacht haben, wenn sie am Stand „Dienst“ hatten:

Christa: „Eine Politikerin war da, der habe ich erzählt, was wir machen bei SeHT – ich habe ihr z.B. unser Plakat vom Müllheizkraftwerk erklärt.“

Martin: „Ich habe unsere Fotobücher und die anderen Sachen gezeigt und Werner und Karl unterstützt.“

Andreas: „Ich habe mich viel um die Technik gekümmert und auf dem Laptop unsere Filme gezeigt.“

Insgesamt waren wir fast durchgehend mit irgendwelchen Gesprächen beschäftigt und die freie Zeit dazwischen war notwendig und gut, um etwas zu essen, Kaffee zu trinken usw. und natürlich auch, um mal den einen oder anderen Stand anzuschauen.

Wer waren unsere Gesprächsteilnehmer?

Eins gleich zu Anfang: Bundespräsident Joachim Gauck gehörte leider nicht zu unseren Gesprächsteilnehmern. Er war nicht zu unserem Info-Stand gekommen, denn er hatte nur zehn ausgewählte Stände besuchen können und wir gehörten zu den übrigen 190 Ausstellern, für die seine Zeit einfach nicht gereicht hatte.

Trotzdem waren wir nicht enttäuscht, denn abends beim offiziellen Empfang im

Schlosspark ging er ganz nahe an uns vorbei und ließ sich von Andreas und vor allem von Christa aus wenigen Schritten Entfernung gerne fotografieren.

Nun zu unseren tatsächlichen Gesprächsteilnehmern:

Bei dieser Ausstellung gab es einerseits die Leute, die gekommen waren, um ihre Erfindungen zu zeigen, und es gab andererseits die Besucher, die gekommen waren, um genau diese Erfindungen zu sehen.



Was waren ihre Rückmeldungen über unsere Arbeit bei SeHT?

Alle diese Menschen waren irritiert und überrascht, dass zwischen all den wissenschaftlich und technisch ausgerichteten Ständen unser Projekt zu sehen war, ohne dass wir etwas Wissenschaftliches oder Technisches erfunden oder produziert hatten. Nachdenklich standen diese Menschen oft da, betrachteten ganz konzentriert unsere Messetafeln und Bildmaterialien und versuchten den Grund herauszufinden, warum wir überhaupt auf dieser Messe vertreten sein durften.

Meistens sprachen wir sie einfach an, um ihnen aus dieser Irritation herauszuhelfen. Unsere Erklärung war – von Inge Bellmann auf der Titelseite eines Flyers treffend formuliert – eigentlich ganz einfach: „Wir sind eine Selbsthilfegruppe, die sich zum Ziel gesetzt hat, Umweltbildung für und mit Menschen mit Beeinträchtigungen durchzuführen.“ Dieser eine Satz war dann der Einstieg für das Gespräch und wir konnten ein paar konkrete Beispiele dafür nennen und anhand der Fotobücher und der Memorys etc. sogar zeigen.

Die Reaktion unserer Gesprächspartner begann jedes Mal mit einem großen Staunen: „Das haben Sie alles gemacht? Das meiste davon habe ich ja selber niemals gesehen. Auf einer Hallig war ich noch nicht, im Moor auch noch nicht und in einem mittelalterlichen Kräutergarten auch nicht. Eine Heilsalbe habe ich noch nie selber gemacht ich weiß gar nicht, wie das geht – und ein Insektenhotel habe ich auch noch nie gebaut...“

Das Staunen wurde mit jedem neuen Projekt und den dazugehörigen Fotos größer. Es wurde mehr und mehr klar, welche Menschen (– nämlich die Besucher –) hier ein Wissensdefizit hatten und welche anderen Menschen (– nämlich unsere SeHT-Gruppe) im

Laufe der Jahre auf diesen Gebieten den Wissensvorsprung und die Fähigkeiten aufgebaut hatten. Nach dem Staunen folgten ein freundlicher Neid und spontane Wünsche: *„Ich beneide Sie darum, was Sie mit Ihren Gruppen in diesem Projekt so alles gemacht haben. Ich wünschte, ich wäre auch dabei gewesen!“*

Und schließlich endeten diese Gespräche mit Bewunderung und Respekt: *„Es ist wunderbar, dass Sie diese Projekte über so viele Jahre so konsequent durchgeführt haben. Alle Achtung! Und machen Sie weiter, das ist ja wirklich eine ganz tolle Sache!!!“*

Was haben wir von der „Woche der Umwelt“ mitgenommen? Was möchten wir anders machen in Zukunft?

Da sind zunächst die guten Vorsätze, die die berühmten Leute sich genauso vornehmen wie wir es tun.

Helmut und Julia: *„Die Organisatoren der Woche der Umwelt haben einen Vortrag gehalten und unter anderem den Bundespräsident Gauck gefragt, was er denn anders machen möchte in Bezug auf Umweltschutz, wenn er dann bald in Rente ist – er möchte z.B. seine Marmelade selbst machen.“*

Julia: *„Ich finde es gut, dass man z.B. jetzt Plastiktüten bezahlen muss – ich nehme keine mehr.“*

Susanne: *„Ich achte mehr darauf das Licht auszumachen.“*

Andy: *„Ich werde weniger Energie verbrauchen – das ist aber nicht einfach!“*

Andrea: *Wir alle haben uns vorgenommen, bei unseren SeHT-Wochenenden und Freizeiten weniger Müll zu produzieren und nehmen nächstes Mal einen großen Sack Kartoffeln, Äpfel in der Kiste, Karotten usw. – vielleicht backen wir auch mal unser Brot selbst und holen nicht immer alles fertig eingepackt beim Discounter...*

Wie war es, im Schloss Bellevue zu sein und zum Empfang beim Bundespräsidenten geladen zu sein?



Julia: *„Das Beste war, dass wir den Bundespräsidenten gesehen haben – ich habe sogar ein Selfie mit ihm. Und der Park ist einfach prachtvoll.“*

Martin: *„Es war eine tolle Atmosphäre!“*

Christa: *„Der Bundespräsident hat eine schöne*

Rede gehalten und ich konnte ganz nah ein Bild von ihm machen – die Securitys haben es erlaubt.“

Helmut und Martin: *„Es war eine große Ehre, zum Empfang beim Bundespräsidenten geladen zu sein.“*

Andrea: *„Ich habe immer gedacht, dass es sehr anstrengend für Herrn Gauck sein muss, immer von Sicherheitspersonal umgeben zu sein, trotzdem war er sehr locker und sympathisch.“*

Wir nehmen also insgesamt ein paar gute Vorsätze und viele wunderbare Erinnerungen mit...

Karl Gajewski

20./21. Mai 2017

Recht auf Teilhabe verwirklichen – Elternwochenende der SeHT–Landesvereinigung Rheinland–Pfalz

Zentrales Thema des Elternwochenendes 2017 war das neue Teilhabegesetz, dessen erste Reformstufe am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist. Die Leistungen für Menschen mit Behinderung sollen nicht länger institutions–, sondern personenzentriert ausgerichtet werden und sich am persönlichen Bedarf des Einzelnen orientieren. Deswegen ist es wichtig, sich über die neuen Gesetzesregelungen zu informieren. Das von der SeHT–Landesvereinigung Rheinland–Pfalz eigens für Eltern und Angehörige organisierte Wochenende in der Bildungs– und Freizeitstätte in Schönau (Kreis Südwestpfalz) diente dazu, einen ersten Einblick in das System der gesetzlichen Regelungen zu gewinnen und Fragen zu sammeln, die speziell Menschen mit Teilleistungsschwächen und ihre Angehörigen betreffen. In einem zweiten Schritt sollen die offen gebliebenen Fragen mit Hilfe fach– und rechtskundiger Experten aufgearbeitet werden.



Die Vereinigungen von SeHT haben sich das Ziel gesetzt, Menschen mit Teilleistungsschwächen in ihrem Leben ein Höchstmaß an Selbständigkeit zu ermöglichen. Dieses Ziel der größtmöglichen Selbständigkeit deckt sich mit dem Ziel der Teilhabe, geht aber auch darüber hinaus. Viele Betroffene, ob schwerbehindert oder nicht, werden allerdings dauerhaft auf unterstützende Begleitung angewiesen bleiben. Teilhabe

mit Hilfe von Betreuung und Hilfsleistungen – Hilfe zur Selbsthilfe – kann jedenfalls ein wichtiger Schritt sein auf dem Weg zu mehr Selbständigkeit.

Die Sozialleistungen für Menschen mit Teilleistungsschwächen sind in einer Vielzahl von Gesetzen geregelt, für deren Vollzug wiederum zahlreiche Dienststellen unterschiedlicher Träger zuständig sind: Sozialämter, Schulämter, Familien– und Jugendhilfeämter der Kommunen, Versorgungsämter und Integrationsämter der Landesverwaltung, Arbeitsagenturen der Bundesverwaltung, Jobcenter, Träger der Krankenversicherung, Rentenversicherung, Berufsgenossenschaften usw.



Bisher waren „Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft“ im 9. Buch des Sozialgesetzbuchs („SGB IX“) geregelt, während die „Eingliederungshilfe für behinderte Menschen“ dem SGB XII zugeordnet war. Nunmehr sind die betreffenden Regelungen unter der Überschrift „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“ im SGB IX zusammengefasst. Der erste Teil regelt

insbesondere Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur Teilhabe am Arbeitsleben, unterhaltssichernde und andere ergänzende Leistungen, Teilhabe an Bildung und soziale Teilhabe. Der zweite Teil des SGB IX befasst sich mit der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, der dritte Teil mit dem Schwerbehindertenrecht – was voraussetzt, dass ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 Grad amtlich anerkannt ist.

Die Verwirklichung des Teilhaberechts soll vereinfacht werden durch Einrichtung von ergänzenden unabhängigen Beratungsstellen sowie durch Verpflichtung aller beteiligten Ämter zur Abstimmung, Kooperation und gemeinsamen Planung. Kritiker des Gesetzes bezweifeln allerdings, ob der angestrebte Bürokratieabbau erreicht wird.

Die Vorsitzende der Landesvereinigung, Inge Bellmann, hatte sich eingehend in die sehr komplexe Materie eingearbeitet und konnte den Teilnehmern daher einen umfassenden Überblick über die Gesetzssystematik und die wichtigsten Einzelregelungen bieten. Hierbei kam ihr die langjährige praktische Erfahrung in der Beratung von Betroffenen und deren Angehörigen zugute.

Die Diplompsychologin Andrea Reiner berichtete über die Vorgehensweise bei der Aufstellung eines Teilhabepfandes und konnte aufgrund ihrer beruflichen Erfahrung aufschlussreiche Einblicke in die Praxis geben.

Auf vergleichsweise sicherer Grundlage erfolgen die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation. In diesem Rahmen sind auch die Unterstützungsleistungen von Selbsthilfegruppen anerkannt. Hier regelt § 45 SGB IX, dass Selbsthilfevereinigungen, die sich die Prävention, Rehabilitation, Früherkennung, Beratung, Behandlung und Bewältigung von Krankheiten und Behinderungen zum Ziel gesetzt haben, nach einheitlichen Grundsätzen gefördert werden. Diese Förderung kommt auch den SeHT-Vereinigungen zugute, da Teilleistungsschwächen grundsätzlich als Behinderung im Sinne der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) anerkannt werden. Auch die Leistungen für Einrichtungen zur beruflichen Rehabilitation und die Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen sind vergleichsweise klar geregelt.



Andere Fragen, die SeHT beschäftigen, bleiben weiter aktuell: Die von Teilleistungsschwächen betroffenen Mitglieder der SeHT-Vereinigungen sind nicht immer als schwerbehindert anerkannt. In manchen Fällen wollen Betroffene keine „amtliche“ Anerkennung als Behinderte oder ihre Behinderung wird niedriger als mit 50 Grad eingestuft. Unsicherheiten ergeben sich daher immer wieder, so auch das Ergebnis des Erfahrungsaustauschs beim Elternwochenende, wenn es zum Beispiel um die Beschaffung und den Erhalt von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt geht. Von den Möglichkeiten „unterstützter Beschäftigung“ wird zu wenig Gebrauch gemacht. Viele Arbeitgeber sind trotz angebotener staatlicher Hilfsleistungen nicht bereit, Menschen mit Teilleistungsschwächen zu beschäftigen.

Ähnlich problematisch gestaltet sich die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft in Form der Gründung eines eigenen Hausstands. Assistenzleistungen und andere Sozialleistungen werden in diesem Rahmen nur unter Anrechnung von Einkommen und Vermögen erbracht, mit der Folge, dass Betroffene auf ein Leben auf Sozialhilfeniveau verwiesen werden und Angehörige Schwierigkeiten haben, finanzielle Rücklagen für das Selbständigwerden ihrer Kinder bereitzustellen.

Nicht nur die Fachthemen beschäftigten die Teilnehmer des Elternwochenendes. Wichtiger Bestandteil der Zusammenkunft sind natürlich immer auch die persönlichen Gespräche und der Erfahrungsaustausch zwischen den Eltern. Auch hierfür bestand in der anregenden Atmosphäre inmitten des Pfälzerwalds reichlich Gelegenheit.

Werner Fröhlich

24. – 26. März 2017

Wir sind Europa — Länder gepuzzelt! Wochenende in Niederbronn-les-bains

Diesmal ging unser Themenwochenende nach vielen Jahren mal wieder in die Jugendbegegnungsstätte nach Niederbronn-les-bains.

Und das Thema war EUROPA — nach dem Brexit, den vielen kritischen Nachrichten, der anstehenden Fahrt nach Straßburg ins Europaparlament war das naheliegend. Und Inge, die ein bekennender Europa-Fan ist, verbrachte wieder viele Nachtstunden mit der Vorbereitung. Nach der Anreise der ersten zwölf Leute am Freitag Abend, Zimmer aussuchen (langwierige Prozedur) Auspacken, Essen (Würstchen und Kartoffelsalat) wurde noch gespielt, Musik gehört, Filme geschaut....



Und morgens nach dem Frühstück ging dann los: wir puzzelten die 27 Mitgliedsstaaten der EU — Inge, die sich unbedingt noch um eine Anstellung bei Ravensburger bewerben sollte, hatte für jedes Land eine DIN A4- Seite



gestaltet, mit Namen und vielen Bilder von typischen Gebäuden, Bräuchen, Essen etc. des Landes, ob mit oder ohne Euro-Münze, je nachdem, ob das Land den Euro als Währung hat (war das erste, was wir lernten, dass nicht jeder Mitgliedstaat der EU den Euro hat). Dann hatte Inge je vier Seiten zerschnitten und gemischt in einen Umschlag getan — und



Samstags nach dem Frühstück puzzelten wir schon mal los, meist in 2er-Gruppen, manche auch alleine — wenn die Blätter wieder fertig — und passend — zusammengesetzt waren kam Andrea und lüftete :-) also alles schnell auf einem ganzen Blatt Papier aufkleben, bevor wieder alles auf dem Boden

rumfliegt. Dann sammelten wir Fragen zu den Ländern, alles was uns so einfiel — welche Länder haben noch Königshäuser und warum? Warum haben nicht alle den Euro? Was ist der Unterschied zwischen EU, Europa, EWG....





Inge hatte eine Präsentation mit vielen Bildern (z.B. vom zerstörten Ludwigshafen), Karten etc. vorbereitet zum Thema Europa, die viele der Fragen schon beantwortete, wir hörten die Europahymne (Freude schöner Götterfunken). Die gepurzelten Länder wurden in der Reihenfolge ihres Beitritts aufgehängt, wir lernten etwas über die Organisation der EU, was alles dazu gehört, wie Gesetze verabschiedet werden und warum das so lange dauert und am Ende gab es zum Höhepunkt noch ein Quiz (1,2 oder 3...).

Natürlich waren wir am Abend platt, aber wirklich jeder fand es interessant und lehrreich und allen war klar, was die EU für eine Errungenschaft ist — bei allen kritischen Aspekten — und wir unterschreiben, dass Lernen auch Spaß machen kann.

Am nächsten Morgen gab es nach Frühstück und Aufräumen noch eine Führung über den Kriegsgräberfriedhof — mehr als 15000 Deutsche, die im Krieg gefallen sind — das hat uns alle sehr nachdenklich gestimmt und noch mal vor Augen geführt, wie wichtig es ist, dass wir keine Angst mehr haben müssen, dass wir mit unseren direkten Nachbarn Krieg führen — dank der EU.



Andrea Reiner

18. Mai 2017

Europa ganz nah – SeHT in Straßburg

Das Angebot der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz zu einer Tagesfahrt nach Straßburg am 18. Mai 2017 fand reges Interesse. Die Vorsitzende Inge Bellmann hatte für über 30 Teilnehmer ein Programm mit einem touristischen und einem politischen Teil organisiert: Am Nachmittag fand eine Führung im Gebäude des Europäischen Parlaments statt. Zuvor konnte die SeHT-Gruppe bei einer eineinhalbstündigen Bootsfahrt rund um die Innenstadt Wissenswertes über Geschichte, Bauwerke sowie wirtschaftliche und politische Bedeutung Straßburgs erfahren. Und zwischendurch war noch Zeit, selbständig einen Stadtbummel in Straßburg zu unternehmen.



Straßburg: Hauptstadt der Kultur, der Wissenschaft und der Politik mitten in Europa – immer wieder reizvoll gerade für Pfälzer Nachbarn, die nur wenig mehr als eine Stunde Fahrzeit aufwenden müssen. Es gibt neben dem berühmten Straßburger Münster und dem malerischen Altstadtviertel „Petite France“ bei jedem Besuch neue Sehenswürdigkeiten zu entdecken und zu staunen über die Vielfalt der Angebote in Restaurants, Konditoreien, Kaufhäusern und Galerien. Die Audio-Führung während der Fahrt auf dem Panorama-Boot ließ aber auch die dunklen Seiten in der jüngeren Geschichte Straßburgs nicht unerwähnt. Nachdem Elsass-Lothringen 1871 als Kriegsbeute von Deutschland vereinnahmt worden war, kam es nach Ende des Ersten Weltkriegs 1914 – 1918 wieder zurück an Frankreich. Der Zweite Weltkrieg führte zur Evakuierung der Straßburger Bevölkerung, zur Besetzung durch deutsche Truppen und zu erheblichen Kriegsschäden. Besonders bitter war für die Elsässer, dass während des Zweiten Weltkriegs 100.000 von ihnen gegen ihren Willen zur Wehrmacht und zur Waffen-SS eingezogen wurden – „malgré nous“ – und dass sie nach 1945 zusätzlich darunter zu leiden hatten.



Politiker Jean Monnet und Robert Schuman als

treibende Kräfte der europäischen Integration hervorzuheben.

Das Europäische Parlament, dem der Besuch der SeHT-Gruppe am Nachmittag galt, ist neben Brüssel ein Arbeits- und Tagungsort der 750 direkt gewählten Abgeordneten aus 28 Mitgliedsstaaten. Die Besuchergruppe hatte Gelegenheit, eine Plenarsitzung zu besuchen, in der gerade eine Aussprache stattfand. Hierbei ging es um unterschiedliche Angaben



zur Zusammensetzung und zum Geschmack von Produkten auf den Märkten in mittel-/osteuropäischen und westeuropäischen EU-Mitgliedstaaten. Die Redebeiträge werden gleichzeitig in die jeweiligen Sprachen der Mitgliedsländer übersetzt, wobei die Besucher die deutsche Übersetzung über Kopfhörer mitverfolgen konnten.

Eine Mitarbeiterin des Informationsbüros führte durch das hypermoderne Gebäude, gab einen Überblick über die Geschichte und die Arbeitsweise des Europäischen Parlaments und beantwortete Fragen – unter anderem, warum die Zahl der Abgeordneten in dem riesigen Plenarsaal geringer war als die Zahl der Besucher auf den Emporen. Weitere Fragen galten dem anstehenden Austritt Groß-Britanniens aus der EU und der Rolle von Abgeordneten, die eigentlich die EU auflösen wollen.

Im Ergebnis zeigte sich, dass die Besucher aus Rheinland-Pfalz die Bedeutung der Europäischen Union zu schätzen wissen und dass sie an den europapolitischen Vorgängen interessiert sind. Dazu mag auch beigetragen haben, dass die SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz im Vorfeld des Besuchs in Straßburg ein europapolitisches Wochenende in Niederbronn les bains durchgeführt hat. So wussten die SeHT-Mitglieder zum Beispiel dadurch zu beeindrucken, dass sie die 28 Flaggen der Mitgliedsländer richtig zuzuordnen wussten.

Werner Fröhlich

02./03. Oktober 2017

SeHT auf dem Tag der deutschen Einheit in Mainz



Eine große Zahl der über 500.000 Besucher der Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit, der 2017 in Mainz begangen wurde, nutzte die Gelegenheit, sich mit Selbsthilfeorganisationen bekannt zu machen und Informationen aus erster Hand zu erhalten. Auch die Landesvereinigung Rheinland-Pfalz der Selbstständigkeitshilfe bei Teilleistungsschwächen war am 2. und 3. Oktober 2017 mit einem Stand auf

der Selbsthilfemeile vertreten.

Die organisatorische Vorbereitung der 33 Pavillons und der Musikhöhne für die Selbsthilfemeile wurde von der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe (KISS) beim Paritätischen Wohlfahrtsverband in Mainz übernommen, wobei zahlreiche Sicherheitsmaßnahmen zu beachten waren. So musste sich jeder einzelne Standbetreuer einer polizeilichen Zuverlässigkeitsprüfung unterziehen und einen eigenen Akkreditierungsnachweis mit sich führen.



Die SeHT-Präsentation wurde von der rheinland-pfälzischen Vorsitzenden Inge Bellmann in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorsitzenden Karl Gajewski vorbereitet. Am SeHT-Stand wurden neben den Flyern der Landesvereinigung Rheinland-Pfalz auch Informationen der Bundesvereinigung, der Landesvereinigung Nordrhein-Westfalen und der Kreisvereinigungen Ludwigshafen/Vorderpfalz und Heidelberg verteilt. Über eine Power-Point-Präsentation und ein großes Plakat, die beide von Inge Bellmann erstellt wurden, konnten sich die Besucher Eindrücke von den umfangreichen Programmangeboten und den Arbeitsschwerpunkten der Landesvereinigung verschaffen. Als kleine Geschenke konnten die Passanten Notizblöcke und bunte Luftballons mit SeHT-Aufdrucken mitnehmen. An der Standbetreuung nahmen insgesamt 9 SeHT-Mitglieder teil. Damit wurde ein „Schichtbetrieb“ möglich, das heißt, die Mitglieder der SeHT-Delegation konnten sich abwechseln. Es stand genügend Zeit zur Verfügung, auch die über die ganze Innenstadt verteilten Pavillons der 16 Bundesländer, der Bundesregierung, des Bundestags und des Bundesrats, zahlreicher weiterer Anbieter aus dem kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Bereich sowie die Musikhöhnen und Festzelte zu besuchen. Die Teilnehmer hatten damit eine einzigartige Gelegenheit, einen Eindruck von der Vielfalt Deutschlands zu gewinnen.

Am SeHT-Stand kam es immer wieder zu Einzelgesprächen mit Passanten, die Näheres über die Themenschwerpunkte und die Arbeitsweise von SeHT erfahren wollten. Unter den Besuchern waren Eltern mit ihren Kindern, Erwachsene, die selbst oder als

Angehörige betroffen sind, aber auch Pädagogen und Therapeuten, die beruflich mit Teilleistungsschwächen umzugehen haben. Für viele war der Begriff der Teilleistungsschwächen neu und unbekannt - da konnten die SeHT-Mitglieder Aufklärungshilfe leisten.

Auch auf politischer Seite fanden die Stände auf der Selbsthilfemeile Interesse. Zu Besuch kamen die



Fachbeirat der Bundesvereinigung verbunden ist.

Sozialministerin der rheinland-pfälzischen Landesregierung, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, die CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner sowie die Landtagsabgeordnete Giordina Kazungu-Hass (SPD), die mit SeHT über ihre Mitwirkung im



Werner Fröhlich

7. März 2018

Politische Bildung anders: SeHT im Haus der Geschichte, Bonn



Von der Flüchtlingsbaracke 1945 bis zum Flüchtlingsboot 2017 reicht das Repertoire. Wir schritten im Eiltempo durch 60 Jahre bundesdeutscher Geschichte. Wie sieht ein Rosinenbomber von innen aus? Wie sitzt man auf den Stühlen der ersten Bundestagsabgeordneten? Wer kennt noch eine Schreibmaschine? Und wer weiß, was eine Wäscheschleuder ist? Die Führung wechselte zwischen Exponaten aus

Ost und West: ein Panzer vom 17. Juni 53, der Bau und der Fall der Mauer, ein Modell des Olympiastadions von München 72, ein



Trabi sowie ein Messerschmidt-Kabinenroller. Die Entwicklung der Technik: der erste Fernseher, Plattenspieler und Musikboxen, Küchengeräte... Wie fühlten sich die Jugendlichen in der Eisdielen der 50er Jahre? Und wie war es in den 70ern im Hippie-Bus? Und dann das alte Kino mit den Plakaten: Heimatfilme neben der „Sünderin“. An manchen Stellen konnte man Originaltexte lesen, oder Originalfilme sehen und sogar Originalton hören. Und wieder Politik - ganz aktuell: die erste Groko! Ja, das alles und vieles mehr sollte man gesehen haben.



Zugegeben: es war ein weiter Weg und eine lange Fahrt, die sich aber lohnte. Es wurden Stimmen laut: „Da gehe ich privat noch einmal hin.“

22. – 24. Juni

Grenzerfahrungen - Grenzen! – Politisches Wochenende in Niederbronn les bains

Grenzen beschäftigen uns alle – meist die Grenzen, die uns durch unseren Körper, unsere Ängste, Persönlichkeit, finanziellen Möglichkeiten usw. gesetzt sind. Manchmal akzeptieren wir sie, oft versuchen wir aber auch sie zu überwinden, mehr Freiheiten zu bekommen.

Grenzen im politischen Sinne, also Landesgrenzen, die kontrolliert werden, wo Grenzbeamte mit Gewehren stehen, die wir vielleicht nicht einfach so überschreiten dürfen, kennen die meisten von uns kaum noch. Und dass Länder versuchen, ihre Außengrenzen zu erweitern, kennen wir alle eigentlich nur aus dem Fernseher, Radio oder von Geschichten, die Eltern oder Großeltern erzählen – das ist immer lange her oder weit weg.



Da ein Ziel von SeHT immer ist, den Horizont zu erweitern, Anregung und Teilhabe zu bieten, haben wir uns neben vielen Umweltthemen in den vergangenen Jahren immer wieder auch politischen Themen gewidmet. Ob das der Besuch im Europaparlament in Strassbourg war, Gespräche mit

Politikern in Mainz, ein Wochenende in Niederbronn zum Thema Europa ... um das ganze „Rund“ zu machen (ohne es zu beenden), war das Thema dieses Wochenendes in Niederbronn der Grenzverlauf zwischen Deutschland und Frankreich im 2. Weltkrieg, was das für die Menschen und die Kultur besonders im Elsaß bedeutete, die mal zu Frankreich, mal zu Deutschland gehörten.

Wie immer begannen wir die Reise am Freitag, diesmal versuchten wir den Übergang von Deutschland nach Frankreich bewusst wahrzunehmen – allerdings waren wir dank Umleitung und Navi plötzlich über der „grünen Grenze“ - einfach so in einem anderen Land – und keine hat uns bemerkt oder aufgehalten oder zurück geschickt – sehr angenehm.

Nach dem Abendessen machten wir noch einen Spaziergang, spielten Karten, erzählten, hörten Musik – jeder so, wie es angenehm war.

Am nächsten Morgen kam Inge Bellmann und wir beschäftigten uns mit Hilfe von Bildern und Karten mit dem Grenzverlauf,



dem Leben zur Kriegszeit...

Anschließend gestalteten wir eine Landkarte – aber nicht gemalt, sondern in 3D – ein Teil der Gruppe breitete einen sehr großen grünen Stoff über 4 Tischen aus, formte mit zerknüllter Zeitung Berge und Täler, verteilte Karten mit den Orten der den



Gegend, „nähte“ eine Grenzlinie ein und vor allem den Verlauf der Ligne Maginot und dem Westwall – den Grenzbefestigungsanlagen von Frankreich und Deutschland. Der andere Teil der Gruppe formte mit Hilfe von Plastilin Häuser, Kirchen, Brunnen und mächtige Burgen, die auf der „Landkarte“ dann entsprechend der Lage verteilt wurden – nachdem sie noch liebevoll bemalt worden waren.

Dann bereiteten wir unsere Pizzen vor, die wir während des Spiels Deutschland – Schweden verspeisten – auch wenn es dem einen oder anderen fast den Appetit verhegelte – eine echte Grenzerfahrung, die die Deutsche Mannschaft zum Glück für sich entscheiden konnte – das war für die Stimmung der Gruppe auf jeden Fall sehr gut :-)

Am nächsten Morgen hatten wir eine Führung für unsere Gruppe in Lembach gebucht, um die Ligne Maginot von der Nähe kennenzulernen und mit allen Sinnen zu erfahren, was



wir am Tag vorher in der Theorie erarbeitet hatten. Und dass Gerard, der uns alles erklärte, ein echter Zeitzeuge war, machte das ganze Rund. Dass alle Bewohner zwischen dem Westwall und der Ligne Maginot zwangsumgesiedelt wurden hatte uns schon am Tag zuvor sehr ergriffen – und Gerard schilderte lebhaft, dass die Umgesiedelten auch im eigenen Land nicht willkommen waren, wo sie hingbracht wurden - „ich bin geboren wie Jesus, in einem Stall und auf Stroh“.

Die Anlage an sich ist riesengroß, von außen nicht zu sehen und dank des ehrenamtlichen Engagements können wir heute noch sehen, wie das Leben der Soldaten damals war – wie sie schliefen (1 Bett für 3 Mann), wie und was sie aßen, die hygienischen Anlagen, Krankenzimmer...400 m lange Gänge, Nischen, die mit Sprengstoff gefüllt waren, um im Falle eines feindlichen „Einbruchs“ die Tunnel selbst sprengen zu können, die Waffen, ...die Kanone durften wir alle mal bewegen und durchspähen – wirklich beeindruckend, aber wir alle waren sehr froh, dass wir die Anlage einfach so verlassen konnten, dass draußen andere, freundliche Menschen waren, dass Weißenburg nicht evakuiert war,



sondern wir uns da noch mit leckeren Schokoladenspezialitäten versorgen konnten – wir konnten wirklich spüren, wie gut es uns geht, dass wir einfach so von einer Seite auf die andere können, Deutsche und Franzosen sich freundlich Grüßen und begegnen und wir keine Angst vor imponierenden Geschossen haben müssen.

Möge es noch sehr lange so bleiben und wir alle nicht erleben müssen, dass sich das ändert. Unser Mitgefühl für die, deren Länder aktuell im Krieg sind und die mit all der damit verbundenen Grausamkeit leben müssen, war an diesem Tag besonders lebhaft.

Ich bin immer wieder froh, wenn Ihr mit mir gemeinsam unsere Grenzen ausdehnt.

Andrea Reiner

02. September 2018

**Zeitgeschichte hautnah:
Besuch im Westwallmuseum Bad Bergzabern**



Eine Gruppe der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz besuchte am Sonntagnachmittag 2. September 2018 das Westwallmuseum Bad Bergzabern. Dieser Besuch, wie zuvor schon die Besichtigung der französischen Maginot-Linie im Rahmen des SeHT-Seminars „Grenzerfahrungen“ in Niederbronn les Bains im Juni 2018, reiht sich ein in das politische Bildungsprogramm von SeHT. Wochenend- und Tagesseminare sowie Besuche politischer Institutionen und historischer Stätten sollen vermitteln, wie

Politik funktioniert und dass es spannend ist, sich mit politischen und zeitgeschichtlichen Themen zu befassen.

Das Westwallmuseum ist in den letzten beiden noch erhaltenen Artilleriebunkern des Westwalls in der Südpfalz untergebracht. Die Stadt Bad Bergzabern übernahm in den

1990er Jahren die verfallene Bunkeranlage, ließ sie unter Denkmalschutz stellen und bestellte ehrenamtliche Kräfte, die den Ausbau zu einem Museum in die Hand nahmen.



Die SeHT-Besucherguppe hatte das Glück, dass mit Hans Fuchsgruber ein Experte die Führung begleitet hat, der selbst maßgeblich am Herrichten und Ausbau der Bunker sowie an der Sammlung von Ausstellungsstücken beteiligt war und der alle Fragen zur Technik der Bunkeranlagen und zu den historischen Zusammenhängen beantworten konnte.

Für die Eltern- und Großelterngeneration - diesseits und jenseits der Grenze - brachten schon die Kriegsvorbereitungen große persönliche Belastungen mit sich, verstärkt durch die Kampfhandlungen am Ende des Kriegs und die Hungerjahre nach dem Krieg. Die Grenzregion musste mehrfach geräumt („evakuiert“) und wiederbesiedelt werden, landwirtschaftliche Flächen wurden enteignet,

Dörfer wurden zerstört und Tausende Menschen wurden „dienstverpflichtet“, um beim Bau der Bunker, Gräben und Panzersperren mitzuhelfen. Ein Teilnehmer der SeHT-Besucherguppe konnte sich erinnern, dass er selbst als 8-jähriger Bub seinen Vater



begleitet hat, der zu Ausschachtungsarbeiten beim Bau des Westwalls eingezogen worden war.



Der 2. Weltkrieg und die sinnlosen Opfer, die von der Bevölkerung vor, während und nach dem Krieg zu tragen waren, sind 73 Jahre nach Kriegsende weitgehend aus dem Bewusstsein verschwunden. Frankreich und Deutschland, die sich in zwei Weltkriegen als erbitterte Gegner bekämpft haben und die Ende der 1930er Jahre mit riesigem Aufwand den Westwall auf deutscher Seite und die Maginot-Linie auf französischer Seite gebaut haben, sind heute Teil der europäischen Union und niemand kann sich vorstellen, dass sie noch einmal Krieg gegeneinander führen werden.



Werner Fröhlich

Bildungs- und sozialpolitische Thesen der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz e.V.¹

Menschen mit Teilleistungsschwächen brauchen keine umfassende Betreuung, sondern Förderung in Teilbereichen, damit sie ihre Stärken entwickeln und zur Geltung bringen können. Die Arbeit von ehrenamtlich tätigen Selbsthilfeorganisationen hat neben der Arbeit von staatlichen und kommunalen Stellen, von Krankenversicherungen, Berufsgenossenschaften und von Trägern der Wohlfahrtspflege ein eigenes Gewicht. Selbsthilfe bringt zum Ausdruck, dass Betroffene in der Lage sind, in eigener Verantwortung und Selbstbestimmung und mit solidarischer Unterstützung ihre Teilhabe an der Gesellschaft zu verwirklichen.

- Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) soll schwerbehinderten Menschen deutliche Verbesserungen bringen: Mehr Wahlmöglichkeiten, wie und wo sie leben, mehr finanzielle Spielräume, mehr Mitbestimmung. Die gesetzlichen Verbesserungen sind allerdings in erster Linie gedacht für Menschen, bei denen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 festgestellt worden ist.
- Menschen mit Teilleistungsschwächen sind nur teilweise als schwerbehindert anerkannt. Die Schwierigkeit, mit den Herausforderungen des Alltags zurechtzukommen, ist ihnen - anders als bei körperlich Behinderten - meist nicht anzusehen. Bei einigen ist ein Grad der Behinderung von 30 festgestellt, in einer Vielzahl von Fällen wird aber keine Behinderung im klassischen Sinne festgestellt. Sie sitzen damit „zwischen den Stühlen“.
- Die gesetzliche Möglichkeit, dass Menschen mit einem anerkannten Behinderungsgrad von mindestens 30 Schwerbehinderten gleichgestellt werden, reicht nicht aus. Menschen mit Teilleistungsschwächen brauchen unabhängig vom Behinderungsgrad vorübergehende oder dauerhafte Unterstützung beim selbständigen Wohnen und Wirtschaften, bei der Teilhabe am Arbeitsleben und bei der Teilhabe am sozialen Leben.
- Erzieher, Lehrer und Fachkräfte aus dem Bildungsbereich sollten besser über Teilleistungsschwächen aufgeklärt werden. Die Schulen brauchen Fachberater und „Wegweiser“, um Kinder mit Teilleistungsschwächen aus dem Abseits herauszuführen.
- Auch in der Arbeitswelt ist Inklusion möglich. Ausbildungsangebote sollten sich an den Fähigkeiten der Bewerber ausrichten und nicht an den gerade verfügbaren Ausbildungsplätzen. Beschäftigungsmöglichkeiten in Werkstätten, Integrationsbetrieben oder auf einem abgetrennten „sozialen Arbeitsmarkt“ können nur ein ergänzendes Angebot zu Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt darstellen.
- Einfache Arbeitsplätze in Unternehmen und Betrieben sollten nicht abgeschafft werden. Menschen mit Teilleistungsschwächen sind grundsätzlich arbeitswillig und

¹ Die Thesen wurden 2016 unter Federführung von Werner Fröhlich erstellt und 2017 überarbeitet. Hier ist die überarbeitete Fassung gedruckt.

bildungsfähig. Ihr Einsatz auf einem Arbeitsplatz mit geringeren fachlichen Anforderungen ist wirtschaftlich sinnvoll.

- Es sollten weitere Ausbildungsgänge und Arbeitsplätze mit reduzierten Anforderungen geschaffen werden. Eine Ausweitung des Förderprogramms wäre sinnvoll. Dadurch könnten Aufwendungen für die Zahlung von Arbeitslosengeld erspart werden. Die Begleitung durch innerbetriebliche Mentoren am Arbeitsplatz sollte gefördert werden.
- Es fehlt an bezahlbaren Wohnungen für Menschen mit Teilleistungsschwächen. Die SeHT-Landesvereinigung strebt an, in Zusammenarbeit mit kommunalen Wohnbaugesellschaften entsprechende Wohneinheiten zu schaffen. Hierfür braucht es politische Unterstützung.
- Die Möglichkeiten des „persönlichen Budgets“ sollten auch Menschen mit Teilleistungsschwächen zugutekommen.
- Beratungs- und Hilfsangebote für Betroffene sind über die verschiedensten staatlichen und kommunalen Stellen verteilt, ohne dass eine Koordination stattfindet – Arbeitsagenturen, Jobcenter, gesetzliche Kranken- und Rentenversicherungen, Sozialhilfeträger, Pflegekassen, Integrationsämter, Gesundheitsämter, schulpyschologische Dienste, Sozialämter, Träger der Wohlfahrtspflege usw. Es muss sich erst noch zeigen, ob die im SGB IX vorgesehene Abstimmung zwischen den verschiedenen Stellen in der Praxis funktioniert. Wir fordern für Menschen mit Teilleistungsschwächen eine Anlaufstelle zur „Beratung aus einer Hand“ bzw. nach dem Vorbild der EG-Dienstleistungsrichtlinie einen „einheitlichen Ansprechpartner“.

Speyer, im August 2017

SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz e.V.

Kandidaten für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, die wir anschrieben²

1) Wahlkreis Mainz 1

Klomann Johannes SPD / Schreiner Gerd CDU / Köbler Daniel Grüne

2) Wahlkreis Mainz 2

Ahnen Doris SPD / Reichel Wolfgang CDU / Heinisch Gunther Grüne

3) Wahlkreis Worms

Guth Jens SPD / Kessel Adolf CDU / Grünwald Richard Grüne

4) Wahlkreis Frankenthal

Haller Martin SPD / Baldauf Christian / Tschöp Eric Peter

5) Wahlkreis Ludwigshafen 1

Simon Anke SPD / Dr. Beilmann Christian CDU / Dr. Braun Bernhard Grüne

6) Wahlkreis Ludwigshafen 2

Scharfenberger Heike SPD / Schneid Marion CDU / Kreisermaier-Schricker Jutta Grüne

7) Wahlkreis Mutterstadt

Kukatzi Bernhard SPD / Zehfuß Johannes CDU / Weinacht Elias Grüne

8) Wahlkreis Speyer

Feiniler Walter SPD / Oelbermann Reinhard CDU / Spiegel Anne Grüne

9) Wahlkreis Bad Dürkheim

Geis Manfred SPD / Wolf Markus CDU / Ratter Ruth Grüne

10) Wahlkreis Neustadt

Kazungu-Hass Giorgina SPD / Herber Dirk Christian CDU / König Jonas-Luca Grüne

11) Wahlkreis Südliche Weinstraße

Schweitzer Alexander Roger SPD / Koch Sven Ludwig CDU / Teichmann Ulrich Grüne

12) Wahlkreis Landau

Schwarz Wolfgang SPD / Schneider Christine CDU / Klein Andrea Grüne

13) Wahlkreis Germersheim

Schleicher-Rothmund Barbara SPD / Brandl Martin CDU / Radwan Ursula Grüne

² Wir wählten nur Wahlkreise aus, in denen Mitglieder von SeHT wohnen und auch hier nur die zur Zeit im Landtag vertretenen Parteien.

Schreiben an die Kandidaten zur Landtagswahl 2016

Sehr geehrte...

Sie bewerben sich als Wahlkreiskandidat zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 13. März 2016.

Wir möchten daher Ihre Aufmerksamkeit auf ein Thema der Sozial- und Bildungspolitik lenken, welches derzeit nicht im Vordergrund der politischen Diskussion steht: Die Förderung von Menschen mit Teilleistungsschwächen.

In der Anlage übersenden wir eine Zusammenfassung der bildungs- und sozialpolitischen Thesen der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz e.V. und würden uns freuen, bei Gelegenheit mit Ihnen ins Gespräch kommen zu können – vor der Wahl oder nach der Wahl. Ihre Rückmeldung würden wir gerne, wenn Sie einverstanden sind, auf unserer Homepage veröffentlichen.

Über uns: Die Selbständigkeitshilfe bei Teilleistungsschwächen (SeHT) ist eine gemeinnützige Selbsthilfevereinigung mit etwa 300 Mitgliedern in Rheinland-Pfalz. Auf Kreisebene gibt es die selbständigen Kreisvereinigungen Ludwigshafen-Vorderpfalz und Mainz-Bingen sowie eine Gruppe in Neustadt an der Weinstraße. Die Bundesvereinigung, die Landesvereinigung Rheinland-Pfalz und die Kreisvereinigung Ludwigshafen-Vorderpfalz betreiben eigene Internet-Seiten, www.seht.de, www.seht-rlp.de und www.sehtlu.de.

Unter Teilleistungsschwächen versteht man Defizite, die sich auf die körperliche oder geistige Leistungsfähigkeit auswirken, wie z.B. mangelnde oder gestörte Motorik, Wahrnehmungsstörungen, Aufmerksamkeits-Defizit-Störungen (ADHS), Lese-, Rechtschreib- und Rechenschwächen, Sprech- und Sprachstörungen, Kontaktschwierigkeiten, emotionale Störungen. Teilleistungsschwächen wirken sich in der Schule, im Beruf oder im familiären und gesellschaftlichen Zusammenleben nachteilig aus. Das hindert die Eingliederung in die Gesellschaft und führt zu Folgeschäden.

SeHT leistet auf ehrenamtlicher Basis und mit Unterstützung von Fachleuten Beratung für Jugendliche und Erwachsene mit Teilleistungsschwächen / ADHS sowie für Eltern betroffener Kinder. SeHT organisiert Vorträge, Gesprächs- und Selbsthilfegruppen. SeHT führt regelmäßig Trainingsfreizeiten und Freizeitprogramme durch und begleitet Betroffene bei Arbeitsversuchen, Praktika sowie bei der Gründung selbständiger Haushalte. SeHT ist Anlaufstelle bei Krisen und hilft bei der Finanz- und Zukunftsplanung.

Antworten auf die sozial- und bildungspolitischen Thesen der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz

Georgina Kazungu-Haß (Haßloch), Wahlkreiskandidatin der SPD³

Als Lehrerin und Konrektorin an einer IGS habe ich viele Schülerinnen und Schüler, bei denen eine Teilleistungsschwäche diagnostiziert ist. Die besondere Herausforderung ist, im Bereich des Nachteilsausgleichs, auch geeignete Fördermaßnahmen zu installieren, die jedem Kind individuell gerecht werden. Dazu ist es vor allem nötig, den Kolleginnen und Kollegen genügend Zeit für die Erstellung der nötigen Förderpläne zu geben. Wichtig ist ebenso der Ausbau der Tätigkeiten der Fachberaterinnen und Fachberater zu diesem Thema. Für den Schulalltag wäre es zudem von Nutzen, die Förderschullehrer an den IGSEN auch regulär für die Schülerinnen und Schüler mit Teilleistungsschwächen einzusetzen, die meisten haben keinen Förderstatus und fallen so durch das Raster. Es gibt also tatsächlich eine Menge zu besprechen. Gerne komme ich zu einem Termin zu Ihnen. Am besten Sie schlagen zwei Termine vor, dann ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass wir schnell zusammenfinden, gerne auch noch vor der Wahl.

Gerd Schreiner (Mainz), Landtagsabgeordneter der CDU

Vielen Dank für Ihre Gesprächsanfrage und die damit verbundenen Informationen über die Organisation und Arbeitsschwerpunkte der SeHT-Landesvereinigung Rheinland Pfalz e.V. Auch wenn derzeit, wie sie zutreffend feststellen, das Thema der Förderung von Menschen mit Teilleistungsschwächen nicht die politische Diskussion bestimmt, so hat sich während des Jahres 2014 der rheinland-pfälzische Landtag – aufgrund eines Antrags der CDU-Landtagsfraktion – sowohl im Plenum, als auch intensiv in Ausschusssitzungen und Expertenanhörungen mit einem der Schwerpunkte Ihrer Arbeit, mit dem Thema ADHS auseinandergesetzt.

Damals konstatierte der Arztreport der Barmer GEK 2013, dass die ADHS-Diagnose in Rheinland-Pfalz bundesweit am höchsten liege, was auch für die Verschreibung des Wirkstoffs Methylphenidat gelte. Vor diesem Hintergrund verfolgte unsere Initiative – die allerdings im Plenum nicht die Zustimmung der rot-grünen Parlamentsmehrheit erhielt – das Ziel, ADHS nicht nur auf den gesundheitspolitischen Aspekt zu verengen, sondern hier auch jugend- und familienpolitische Weichenstellungen in den Blick zu nehmen. Die Anträge der CDU-Landtagsfraktion hierzu lege ich zu Ihrer Information anbei.⁴

Ich hoffe, dass ich Ihnen in aller Kürze mit dieser ersten Antwort auf Ihre Mail ein paar für Sie neue Informationen geben konnte und verbleibe mit freundlichen Grüßen.

Christine Schneider (Edenkoben), Landtagsabgeordnete der CDU

Herzlichen Dank. Ich werde die Informationen an unsere Bildungspolitiker weiterleiten. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg bei Ihrem Engagement für die Menschen mit Teilleistungsschwächen.

³ Nach einem Gespräch mit Karl Gajewski, Vorsitzender der Bundesvereinigung SeHT und Werner Fröhlich stellvertretender Vorsitzender der Bundesvereinigung und der Landesvereinigung Rheinland-Pfalz, wurde Frau Kazungu-Haß Mitglied von SeHT und steht auch dem Fachbeirat der Bundesvereinigung zur Verfügung

⁴ Siehe S. 46ff

Richard Grünwald (Worms), Wahlkreiskandidat der Grünen

Danke für Ihre Thesen, die ich mir eingehender ansehen möchte um mich dann nach etwas Nachdenken wieder bei Ihnen zu melden.

Auf jeden Fall habe Sie meine Anerkennung für Ihr ehrenamtliches Engagement und das Ihrer MitstreiterInnen.

Wenn Sie als Selbsthilfegruppe zur Vernetzung und Stärkung Betroffener beitragen, leisten Sie damit einen wertvollen Dienst, den öffentliche Stellen so oft gar nicht leisten können, weil sie gar nicht den Zugang haben, wie Sie ihn haben dürften.

Ich hoffe und wünsche Ihnen, dass Ihr Engagement Ihnen neben einigem an Arbeit auch immer mal wieder Freude und Erfüllung bringt.

Wolfgang Reichel (Mainz), Landtagsabgeordneter der CDU

Ich habe mir sehr genau Ihre Mail angeschaut und auch den Internetauftritt.

Da ich ja in meinem 2. Leben Sozialpolitiker war, werde ich auch in anderer Funktion in der Fraktion mich Ihrer Sache annehmen.

Eric Tschöp, (Frankenthal) Direktkandidat und Vorstandssprecher der Grünen

Betreff: Stellungnahme zu den Thesen der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz

Die Grünen im Bundestag haben im Jahr 2012 einen Antrag auf die bundesweite Umsetzung des Rechts auf Inklusion gestellt, der primär auf die Inklusion behinderter Menschen in die Schul- und Arbeitswelt abzielt.

Die für eine erfolgreiche Inklusion notwendigen Schritte, wie beispielsweise

- die Erweiterung der Kompetenzen des Personals, u.a. für den Umgang mit heterogenen Lerngruppen

- ausreichende Versorgung von Bildungsstätten mit dem notwendigen Lern- und Lehrmaterial

sind meiner Ansicht nach in gleicher Weise für eine gegenüber heute bessere Förderung von Menschen mit Teilleistungsschwächen sinnvoll und notwendig.

LehrerInnen und ErzieherInnen werden hierdurch auch im Umgang mit Menschen mit Teilleistungsschwächen in die Lage versetzt, angemessene pädagogische Maßnahmen (beispielsweise regelmäßige Übungsprogramme) zu ergreifen, so dass letzten Endes alle Kinder/Jugendlichen im Bildungsbereich ihren Platz an "einer Kita / Schule / Hochschule für alle" finden.

Durch die beispielsweise an den rheinland-pfälzischen Schwerpunktschulen gegenüber den "normalen" Schulen erhöhte Personalbesetzung stehen hier auch entsprechende Ressourcen für die notwendige Förderung zur Verfügung, auch wenn im Einzelfall sicher eine weitere Personalaufstockung sinnvoll wäre.

Ich halte auch in der Arbeitswelt Inklusion für ein sinnvolleres Konzept als die derzeit vielerorts bestehenden Werkstätten, in denen derzeit vermutlich nicht nur behinderte Menschen arbeiten, sondern auch - weil sie in der normalen Arbeitswelt Schwierigkeiten haben - Menschen mit Teilleistungsschwächen.

Hier wäre aber, um ausreichend Arbeitsplätze mit geringerem Anforderungsniveau zur Verfügung zu stellen, eine öffentliche Förderung notwendig, die ggf. aus den dann möglicherweise in geringerem Umfang benötigten Fördermitteln für Werkstätten bestritten werden könnte.

Aus eigener beruflicher Erfahrung sehe ich die Tendenz, dass einfache Arbeitsplätze in der Praxis eben doch abgeschafft werden, beispielsweise die Tätigkeit am Empfang einer Firma.

Viele Firmen (diejenige, in der ich tätig bin, zähle ich hier auch dazu) sind auch so klein, dass der Umfang an einfachen Arbeiten so gering ist, dass sich hierfür die Schaffung einer eigenen Stelle (und sei sie auch öffentlich gefördert) nicht lohnen würde.

In der Arbeitswelt ist Inklusion meiner Einschätzung nach daher schwieriger umzusetzen als im Bildungsbereich.

Hier könnte teilweise das "Budget für Arbeit" helfen, nach dem Menschen die Unterstützungsleistung, die sie in den Werkstätten bekommen, in den allgemeinen Arbeitsmarkt mitnehmen können.

In eine ähnliche Richtung geht auch das "persönliche Budget", das in den SeHT-Thesen erwähnt wird. Auch ich halte es für notwendig, dass der Informationsstand bei Anspruchsberechtigten und teilweise auch bei den Behörden deutlich verbessert wird.

Auch der Forderung nach einer Bündelung der Anlaufstellen kann ich mich ohne Vorbehalte anschließen.

Markus Wolf (Bad Dürkheim) Direktkandidat der CDU

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Thesen zur Landtagswahl.

Gerne stehe ich Ihnen für ein persönliches Gespräch zur Verfügung und freue mich auf Ihre Themen und Anregungen. Wie Sie sicherlich wissen kandidiere ich neu für den Landtag. Ich würde deshalb vorschlagen, dass wir uns gerne nach der Wahl (wenn ich gewählt sein sollte – worauf ich hoffe und hinarbeite) zu einem persönlichen Gespräch zusammensetzen. Ich lasse Ihre Anregungen dann gerne in meine politische Arbeit einfließen.

Antrag

der Fraktion der CDU

ADHS – Hohen Medikamenteneinsatz in Rheinland-Pfalz überprüfen

In den vergangenen Jahren ist die Diagnose Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätssyndrom (ADHS) in Deutschland angestiegen. Besonders betroffen von ADHS sind Jungen zwischen neun und elf Jahren. In diesem Lebensalter wird mittlerweile bei elf bis zwölf Prozent der Kinder ADHS festgestellt. Mädchen dieser Altersgruppe sind zu vier Prozent von ADHS betroffen. In dieser Altersgruppe nehmen 4,2 Prozent Medikamente mit dem Wirkstoff Methylphenidat, ein Amphetamin-Derivat, das dem Betäubungsmittelbestimmungen unterliegt.

Der Arztreport der Barmer GEK 2013 stellt fest, dass die ADHS-Diagnose in Rheinland-Pfalz bundesweit am höchsten liegt. Das gilt auch für die Verschreibung des Wirkstoffs Methylphenidat. Die bundesweite Verbreitung von ADHS ist beunruhigend, die Spitzenposition von Rheinland-Pfalz zumindest irritierend. Die Daten dürfen nicht abgetan werden, sondern müssen sowohl statistisch als auch gesundheits- bzw. familienpolitisch auf ihre Ursachen hin überprüft werden.

In der Fachwelt werden die Ursachen von ADHS angeregt diskutiert. Unbestritten ist jedoch der Facettenreichtum der Ursachen. Wichtige Begründungsmuster sind dabei neben körperlichen Anlagen insbesondere umweltbedingte Einflüsse, denen Jungen schlechter gewachsen sind. Eingeschränkte Möglichkeiten des Aggressionsabbaus, Medienkonsum, geringer werdende Möglichkeiten der freien, unverzweckten körperlichen Bewegung oder auch instabiler werdende Familienstrukturen werden als externe Einflussfaktoren benannt.

Insofern kann man das Thema nicht auf den gesundheitspolitischen Aspekt verengen, sondern muss auch jugend- und familienpolitische Weichenstellungen in den Blick nehmen. Es müssen Antworten auf die Fragen gefunden werden, welchen Anteil die externen Einflussfaktoren haben, welche Möglichkeiten der besseren Prävention in Familien, Kindertagesstätten und Grundschulen sinnvoll sind. Hier muss der Alltag der Kindertagesstätten als auch Grundschulen insbesondere im Ganztagsbetrieb besonders untersucht werden. Aber auch die Eltern müssen ihr Familienleben auf einengende Alltagsstrukturen hin überprüfen. Hierfür bedarf es notwendiger Hilfestellungen und niederschwelliger Beratungsangebote. Denn es ist kein gutes Zeugnis für unser Land, wenn das Verhalten eines derart hohen Anteils von Jungen zur Diagnose erklärt wird und sie in diesem Alter mit schwerwiegenden Wirkstoffen behandelt werden.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- die gesellschaftlichen Ursachen der Erkrankung ADHS im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie sowie eines Symposiums auszuloten;
- auf der Basis dieser Erkenntnisse mit den Trägern der Familienbildung, den Trägern der Kindertagesstätten, Experten der Kinderheilkunde, der Sozialpädagogischen Zentren und Vertretern der Landtagsfraktionen Möglichkeiten der Prävention zu erarbeiten;

Drucksache 16/3242

Landtag Rheinland-Pfalz – 16. Wahlperiode

- bei zukünftigen bildungs- und familienpolitischen Maßnahmen die Auswirkungen auf das kindliche Verhalten angemessen zu berücksichtigen;
- zu beobachten, inwieweit die eingeschlagenen Maßnahmen zu einer Reduzierung der medikamentösen Behandlung führen können;
- dem Landtag in zwei Jahren erneut zu berichten.

Für die Fraktion:
Hans-Josef Bracht

Änderungsantrag

der Fraktion der CDU

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 16/3242 –

ADHS – Hohen Medikamenteneinsatz in Rheinland-Pfalz überprüfen

Der Antrag wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird um ein Komma und die Worte „ganzheitlich vorgehen, Qualität sichern“ ergänzt.
2. Es wird folgender Text angefügt:

„Landespolitische Zielsetzungen sind:

- dass sich die Multimodalität der Erkrankung in multidisziplinären Handlungsansätzen widerspiegelt. Es gibt unterschiedliche Einflussfaktoren auf die Erkrankung. Deshalb darf das Thema nicht auf den rein medikamentösen Aspekt reduziert werden, sondern auch familiäre und gesellschaftliche Situationen müssen berücksichtigt werden mit der Folge, dass Lösungsansätze auch Leistungen der Pädagogik, der Jugendhilfe und der Psychotherapie umfassen.
- dass eine rationale, vorurteilsfreie Diskussion der Problematik geführt und die seelische Gesundheit von Kindern insgesamt beachtet wird. Mehr als 66 Prozent der Kinder mit ADHS haben mindestens ein weiteres psychiatrisches Problem. Diese anderen seelischen Störungen benötigen ebenfalls angemessene Aufmerksamkeit. Die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen bringt es mit sich, dass Störungsverläufe kontinuierlich überprüft werden müssen und Therapien immer wieder neu zu bewerten sind.
- dass krankheitspräventive Ansätze ein gelingendes Aufwachsen in Elternhaus, Kindertagesstätten und Schulen unterstützen, indem
 - a) die Erziehungskompetenz der Eltern, z. B. durch Elternberatung und Familienbildung, nachhaltig unterstützt wird. Das Elternhaus ist für das gelingende Aufwachsen der Kinder nicht zu ersetzen. Deshalb müssen die Eltern auch stets in den Sozialisierungsprozess in Kindertagesstätte und Schule mit eingebunden werden.
 - b) die unzureichenden pädagogischen Bedingungen in Kindertagesstätten und Schulen so verbessert werden, dass sie Erkrankungen vorbeugen und den Bedürfnissen beeinträchtigter Kinder genügen und somit zu einer regelhaften ADHS-Prävention beitragen können. Insbesondere in den Kindertagesstätten ist die Erzieherin-Kind-Relation noch alles andere als befriedigend. Denn in den ersten Lebensjahren ist die enge Bindung an wenige Bezugspersonen entscheidend für die psychische Entwicklung.
 - c) die methodischen Unterrichtsempfehlungen für die Grundschule nicht einseitig auf offene Unterrichtsformen fokussiert werden. Vor allem Kinder mit einer ADHS-Disposition bedürfen einer durchgängigen Strukturierung des Unterrichts.

- dass die Kooperation zwischen erzieherischen und medizinischen Einrichtungen und dieser mit den Eltern verbessert wird. Nach Experteneinschätzung gibt es viel Bereitschaft, über Systemgrenzen hinweg zu denken, aber es bedarf noch erheblicher Anstrengung, diese Kooperation zu institutionalisieren und zu verstetigen. Sie ist momentan noch viel zu sehr auf die Bereitschaft der konkret Handelnden angewiesen. Es bedarf deshalb einer anderen Verbindlichkeit und grundlegender übergeordneter Planung der Zusammenarbeit auch auf struktureller Ebene.
- dass die unabhängige Versorgungsforschung ausgebaut wird im Sinne des Einsatzes von Medikamenten nur bei gesichertem Bedarf und der Entwicklung gleichmäßiger Qualitätsstandards. Zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Medikamenten gehört ein evidenzbasierter Medikamenteneinsatz. Dieser gehört in die Hand ausgebildeter Spezialistinnen und Spezialisten, denen verfügbare Studien bekannt sind und die deren Ergebnisse zum Nutzen der Patientinnen und Patienten bewerten können. Kontinuierliche Überprüfung der Diagnosen und der Behandlung im Einzelfall ist unverzichtbar. In einem Helferrinnen- und Helfernetz müssen alle Beteiligten voneinander entsprechende Sachkunde erwarten können.
- dass frühzeitige, gezielte, leitliniengestützte Diagnostik und Therapie mit hoher personeller Beziehungskontinuität insbesondere im ambulanten Bereich gesichert wird. Der ambulante Bereich kann unerwünschte stationäre Aufnahmen verhindern. Dafür müssen die Versorgungsangebote entsprechend qualifiziert sein.
- dass die Versorgung zeitnah und erreichbar sektorenübergreifend mit möglichen Übergängen zwischen den Bereichen Gesundheitswesen, Jugendhilfe, Schule und Eingliederungshilfe ermöglicht wird. Ein weiterer stationärer Ausbau der Kinder- und Jugendpsychiatrie allein kann keine befriedigende Lösung sein. Vielmehr geht es darum, ambulante und stationäre Versorgung in einer Weise zu vernetzen, die für die Familien sinnvoll ist, statt klientenorientierte Kooperationen zu verhindern. Modellprojekte nach § 64 b SGB V sind ein vielversprechender Lösungsweg. Der Behandlungsschwerpunkt muss auf der ambulanten Therapie liegen.

Als grundlegende landespolitische Voraussetzung ist dabei die Zusammenfassung der Zuständigkeiten für Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Prävention und Gesundheit im Kindes- und Jugendalter, Ausbildung und Arbeit für Jugendliche und junge Erwachsene, Eingliederungshilfe/Rehabilitation für Kinder und Jugendliche und Kinderrechte in einem Ministerium mit integrierter Politikausrichtung anzusehen.“

Begründung:

Die Anhörung im Sozialpolitischen Ausschuss am 22. Mai 2014 hat bestätigt, dass der Ansatz des CDU-Antrags zum Thema ADHS richtig ist, weil er das Thema nicht auf den gesundheitspolitischen Aspekt verengt, sondern auch jugend- und familienpolitische Weichenstellungen in den Blick nimmt. Aus der Anhörung haben sich wichtige Konkretisierungen ergeben, die zusätzlich in den Antrag aufgenommen werden müssen, damit das zu erarbeitende Konzept nachhaltige Wirkung entfaltet.

Für die Fraktion:
Hans-Josef Bracht

29. Februar 2016

SeHT im Gespräch mit der Landtagsabgeordneten Ruth Ratter

Auf Einladung von Ruth Ratter, bildungs- und kulturpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Landtagsfraktion, kam kurzfristig eine Besprechung mit Inge Bellmann, der Vorsitzenden der SeHT-Landesvereinigung und Werner Fröhlich, dem 1. stellvertretenden Vorsitzenden, zustande.

Die SeHT-Vertreter erläuterten kurz die Ziele und Handlungsfelder der Selbständigkeitshilfe und wiesen darauf hin, wo aus ihrer Sicht Verbesserungs- und politischer Handlungsbedarf besteht. Insbesondere geht es SeHT darum, dass es nicht dem Zufall überlassen bleiben darf, ob Lehrerinnen und Lehrer wissen, wie mit ADHS oder anderen Teilleistungsschwächen umzugehen ist. An jeder Schule sollte eine kompetente Lehrkraft als Anlaufstelle und „Wegweiser“ zur Verfügung stehen. Ein „einheitlicher Ansprechpartner“ wäre auch hilfreich, um die über verschiedenste Stellen verstreuten Beratungs- und Hilfsangebote für Betroffene zu koordinieren und zielgerecht einzusetzen. Bellmann betonte, dass die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen am Arbeitsleben nicht allein über Werkstätten und Integrationsbetriebe geleistet werden könne. In vielen Fällen sei auch ein erfolgreicher Einsatz auf dem ersten Arbeitsmarkt möglich – dies könne gefördert werden, wenn Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit reduzierten Anforderungen erhalten und erweitert würden.

Ruth Ratter hat viele Jahre als Gymnasiallehrerin gearbeitet und außerdem eine Zusatzqualifikation für Schulmanagement erworben. Sie hat sich seit jeher praktisch und politisch für die Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen stark gemacht und unterstützt von daher die Ziele von SeHT. Aufgrund ihrer politischen Erfahrungen auf verschiedenen Ebenen kann sie nachvollziehen, dass die vielfältigen Fördermöglichkeiten und Zuständigkeiten schwer zu überschauen sind und eine Koordination notwendig ist. Bildungspolitisch kritisiert Ratter einen Mangel an Bildungsgerechtigkeit und fordert die Verlängerung gemeinsamen Lernens. Aus den Anmeldezahlen ergebe sich, dass die Integrierte Gesamtschule im ganzen Land noch „unterrepräsentiert“ sei. Die Inklusion im Bildungswesen in Form von binnendifferenziertem, zielgleichem Unterricht müsse noch konsequenter umgesetzt werden.

Werner Fröhlich

Die angeschriebenen Direktkandidaten zur Bundestagswahl⁵

Katharina Barley, MdB, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Doris Barnett, MdB, Ludwigshafen

Mario Brandenburg, Südpfalz

Dr. Thomas Gebhart, MdB, Südpfalz

Angelika Glöckner, MdB, Pirmasens

Gustav Herzog, MdB, Donnersbergkreis

Thomas Hitschler, MdB, Südpfalz

Xaver Jung, MdB, Kaiserslautern

Torbjörn Kartes, Ludwigshafen

Dr. Tobias Lindner, MdB, Südpfalz

Isabel Mackensen, Neustadt / Speyer

Andrea Nahles, MdB, Bundesministerin für Arbeit und Soziales

Anita Schäfer, MdB, Pirmasens

Johannes Steiniger, MdB, Neustadt / Speyer

Alexander Ulrich, MdB, Kaiserslautern

⁵ Wir wählten nur Wahlkreise aus, in denen Mitglieder von SeHT wohnen.

Brief an die Direktkandidaten für die Bundestagswahl 2017

Speyer, 3. August 2017

Sehr geehrte...

Sie bewerben sich als Wahlkreiskandidat in Rheinland-Pfalz zur Bundestagswahl am 24. September 2017.

Wir möchten daher Ihre Aufmerksamkeit auf ein Thema der Sozial- und Bildungspolitik lenken, welches derzeit nicht im Vordergrund der politischen Diskussion steht: Die Förderung von Menschen mit Teilleistungsschwächen.

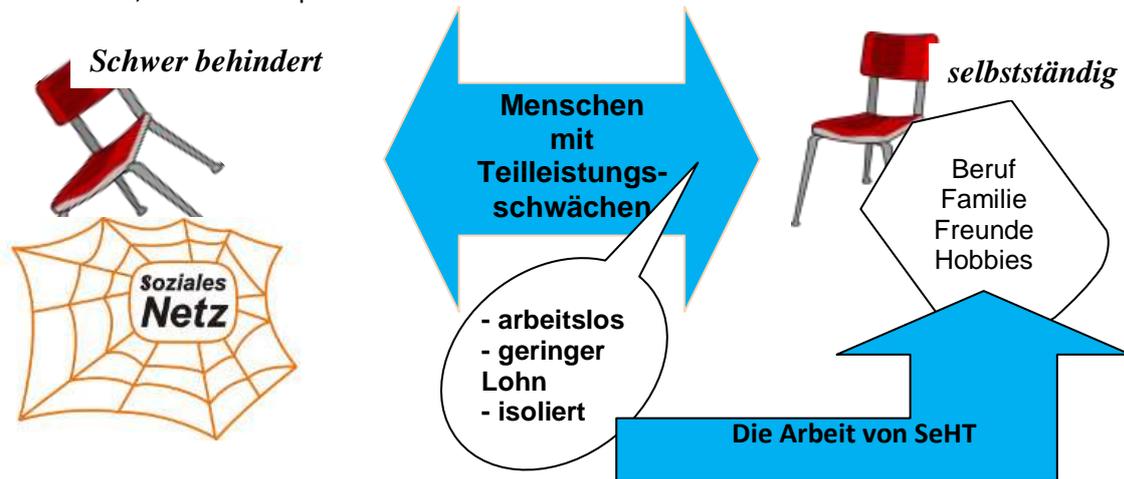
In der Anlage übersenden wir eine kurze Vorstellung unseres Vereins und eine Zusammenfassung der bildungs- und sozialpolitischen Thesen der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz e.V. und würden uns freuen, bei Gelegenheit mit Ihnen ins Gespräch kommen zu können - vor der Wahl oder nach der Wahl. Ihre Rückmeldung würden wir gerne, wenn Sie einverstanden sind, auf unserer Homepage veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen



Inge Bellmann

Über uns: Die Selbständigkeitshilfe bei Teilleistungsschwächen (SeHT) ist eine gemeinnützige Selbsthilfevereinigung mit etwa 300 Mitgliedern in Rheinland-Pfalz. Auf Kreisebene gibt es die selbständigen Kreisvereinigungen Ludwigshafen-Vorderpfalz und Mainz-Bingen sowie eine Gruppe in Neustadt an der Weinstraße. Die Bundesvereinigung, die Landesvereinigung Rheinland-Pfalz und die Kreisvereinigung Ludwigshafen-Vorderpfalz betreiben eigene Internet-Seiten, www.seht.de, www.seht-rlp.de und www.sehtlu.de.



Unter Teilleistungsschwächen versteht man Defizite, die sich auf die körperliche oder geistige Leistungsfähigkeit auswirken, wie z.B. mangelnde oder gestörte Motorik, Wahrnehmungsstörungen, Aufmerksamkeits-Defizit-Störungen (ADHS), Lese-, Rechtschreib- und Rechenschwächen, Sprech- und Sprachstörungen, Kontaktschwierigkeiten, emotionale Störungen. Teilleistungsschwächen wirken sich in der Schule, im Beruf oder im familiären und gesellschaftlichen Zusammenleben nachteilig aus. Das hindert die Eingliederung in die Gesellschaft und führt zu Folgeschäden.

SeHT leistet auf ehrenamtlicher Basis und mit Unterstützung von Fachleuten Beratung für Jugendliche und Erwachsene mit Teilleistungsschwächen / ADHS sowie für Eltern betroffener Kinder. SeHT organisiert Vorträge, Gesprächs- und Selbsthilfegruppen. SeHT führt regelmäßig Trainingsfreizeiten und Freizeitprogramme durch und begleitet Betroffene bei Arbeitsversuchen, Praktika sowie bei der Gründung selbständiger Haushalte. SeHT ist Anlaufstelle bei Krisen und hilft bei der Finanz- und Zukunftsplanung.

Antworten der Direktkandidaten zur Bundestagswahl

Johannes Steiniger

vielen Dank für Ihre Mail vom 03.08.2017 und die übersandten Unterlagen zu Ihrem Verein und dessen gemeinnütziger Arbeit. Diese spiegeln in anschaulicher Form Ihre engagierte Tätigkeit für Jugendliche und Erwachsene mit Teilleistungsschwächen wider. Herr Steiniger würde sich gern mit Ihnen zu einem Gespräch vor Ort treffen. Er schlägt hierfür Montag, 16.10.2017, 13:00 Uhr, vor. Herr Steiniger würde sich freuen, wenn dieser Termin auch bei Ihnen möglich wäre und Sie uns diesen kurz bestätigen würden.⁶

Torbjörn Kartes

vielen Dank für Ihre Nachricht und die Informationen bezüglich der Förderung von Menschen mit Teilleistungsschwächen. Sehr gerne können wir uns hierzu – insbesondere im Fall meiner Wahl in den Deutschen Bundestag – persönlich austauschen. Bereits heute kann ich Ihnen zusichern, dass ich mich sehr gerne intensiv mit dieser Thematik beschäftigen und die Interessen von Menschen mit Teilleistungsschwächen vertreten möchte.⁷

Tobias Lindner

vielen Dank für Ihre Nachricht vom 4. August, in der Sie auf das Thema: Förderung von Menschen mit Teilleistungsschwächen eingehen. Ich habe mir erlaubt, die Positionen meiner Partei zu diesem Thema darzustellen und so auf Ihre Thesen einzugehen. Bezüglich der Terminanfrage würde ich Sie gerne an meine Kollegin Frau Corinna Rüffer aus Trier verweisen, die als Sprecherin für Behindertenpolitik der GRÜNEN Bundestagsfraktion für den weiteren inhaltlichen Austausch am besten geeignet ist.

Wir wollen die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung stärken. Dafür werden wir die VN-Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzen. Wir wollen, dass es keine Sonderwelten gibt, sondern Menschen mit Behinderung uneingeschränkt teilhaben können am Leben in der Gesellschaft. Menschen mit Behinderung sollen frei darüber entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch darüber, welche Assistenz, Pflege oder pädagogische Unterstützung sie möchten. Menschen mit Behinderungen sollen die Möglichkeit haben, gemeinsam mit nicht behinderten Menschen zu leben, zu lernen und zu arbeiten. Sie sollen sich gleichberechtigt und selbstbestimmt beteiligen und insbesondere die Entscheidungen, die sie selbst betreffen, mitgestalten können.

Wir unterstützen Menschen mit Behinderung entschieden bei Bildung, Ausbildung und Arbeit. Statt Werkstätten für Menschen mit Behinderung auszubauen, werden wir ihre Öffnung zum allgemeinen Arbeitsmarkt über das Budget für Arbeit, Unterstützte Beschäftigung und Integrationsbetriebe fördern.

Wir wollen die Arbeitswelt gerechter gestalten. Menschen mit Behinderung haben das gleiche Recht, mit Arbeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Dazu muss sich ihr Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt verbessern. Die Ausgleichsabgabe werden wir deutlich erhöhen und damit Betriebe fördern, die über ihre Quote hinaus Menschen mit Behinderung ausbilden und beschäftigen. Die Schwerbehindertenvertretung werden wir stärken. Das Budget für Arbeit, die unterstützte Beschäftigung und Inklusionsfirmen

⁶ Das Gespräch fand am 25.10.2017 statt. Siehe S. 58

⁷ Im 2. Halbjahr 2018 ist ein Gespräch geplant.

erleichtern den Einstieg in den allgemeinen Arbeitsmarkt. In den Werkstätten für Menschen mit Behinderung wird allen, die den Einstieg nicht schaffen, ein fair entlohntes Arbeitsangebot gemacht. Das „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Leistung“ als Voraussetzung für die Werkstätten schaffen wir ab.

Isabel Mackensen

vielen Dank für Ihre Anfrage. Ich werde versuchen, Ihnen so schnell wie möglich zu antworten.

SPD Landesgruppe⁸

vielen Dank für Ihre Email und die bildungs- und sozialpolitischen Thesen der SeHT-Landesvereinigung RLP, die Sie an die Bundestagsabgeordneten der SPD aus Rheinland-Pfalz geschickt haben.

Ich will hiermit bestätigen, dass wir – die SPD-Landesgruppe Rheinland-Pfalz - Ihre Emails erhalten haben und Ihnen zeitnah eine Antwort zukommen lassen werden.

Alexander Ulrich

vielen Dank für die Zusendung der bildungs- und sozialpolitischen Thesen der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz e.V. Gerne möchte ich Ihnen hiermit meine Position dazu mitteilen.

Ihre Thesen:

- *Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) soll schwerbehinderten Menschen deutliche Verbesserungen bringen: Mehr Wahlmöglichkeiten, wie und wo sie leben, mehr finanzielle Spielräume, mehr Mitbestimmung. Die gesetzlichen Verbesserungen sind allerdings in erster Linie gedacht für Menschen, bei denen ein Grad der Behinderung von wenigstens 50 festgestellt worden ist.*
- *Menschen mit Teilleistungsschwächen sind nur teilweise als schwerbehindert anerkennt. Die Schwierigkeit, mit den Herausforderungen des Alltags zurechtzukommen, ist ihnen - anders als bei körperlich Behinderten - meist nicht anzusehen. Bei einigen ist ein Grad der Behinderung von 30 festgestellt, in einer Vielzahl von Fällen wollen sie sich aber keinem amtlichen Überprüfungsverfahren unterziehen. Sie sitzen damit „zwischen den Stühlen“.*
- *Die gesetzliche Möglichkeit, dass Menschen mit einem anerkannten Behinderungsgrad von mindestens 30 Schwerbehinderten gleichgestellt werden, reicht nicht aus. Menschen mit Teilleistungsschwächen brauchen unabhängig vom Behinderungsgrad vorübergehende oder dauerhafte Unterstützung beim selbständigen Wohnen und Wirtschaften, bei der Teilhabe am Arbeitsleben und bei der Teilhabe am sozialen Leben.*

Meine Antwort / Antwort der Fraktion DIE LINKE:

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) wurde leider nicht menschenrechtskonform ausgestaltet und entspricht nicht den Anforderung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Es wurden Kostenvorbehalte sowie Einsparungsmöglichkeiten für Länder, Kommunen und die Kostenträger festgeschrieben. Damit werden beispielsweise Einweisungen in Heime gegen den Willen der Menschen und eine gemeinschaftliche Leistungserbringung ermöglicht. Dies schränkt das Selbstbestimmungsrecht von Menschen mit Behinderungen erheblich ein.

Die UN-BRK definiert in Artikel 1:

„Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, die in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren ihre volle und wirksame Teilhabe gleichberechtigt mit anderen an der Gesellschaft behindern können.“

⁸ Siehe die Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales, S. 59

DIE LINKE fordert, dass auch diese Definition von Behinderung ins BTHG korrekt übernommen wird. Dies ist leider nicht geschehen. Menschen mit Teilleistungsschwächen, die unter diese Definition fallen und einen Bedarf an Teilhabeleistungen haben, sollten aus Sicht der LINKEN auch Teilhabeleistungen erhalten. Diese müssen dann bedarfsgerecht und vollständig unabhängig von Einkommen und Vermögen garantiert werden (Bundestagsdrucksache 18/1949).

Ihre These:

▪ *Erzieher, Lehrer und Fachkräfte aus dem Bildungsbereich sollten besser über Teilleistungsschwächen aufgeklärt werden. Die Schulen brauchen Fachberater und „Wegweiser“, um Kinder mit Teilleistungsschwächen aus dem Abseits herauszuführen.*

Meine Antwort / Antwort der Fraktion DIE LINKE:

Inklusive Bildung erfordert nicht nur gut vorbereitete Lehrkräfte und andere pädagogische und therapeutische Fachkräfte, sondern teilweise auch andere Lehr- und Lernmittel, eine andere technische und räumliche Ausstattung aller Bildungseinrichtungen und des Umfeldes und selbstverständlich auch Bildungsgebäude mit Arbeits- und Lernbedingungen, mit denen man die neuen Herausforderungen gut meistern kann. Im Bereich Bildung erfordert es eine grundlegend neue Lehr- und Lernkultur, die alle Lernenden in ihrer Individualität respektiert und wertschätzt, die die Fähigkeiten jeder und jedes Einzelnen erkennt und fördert und zum bestmöglichen Lernerfolg führt. Dazu bedarf es zusätzlicher Ressourcen, wie ausreichenden und barrierefreien Raum, die Ausstattung mit barrierefreien Lehr- und Lernmitteln sowie Hilfsmitteln, mehr gut ausgebildetes Personal und pädagogische wie therapeutische Unterstützungssysteme. Die individuelle Förderung muss den Lernenden folgen, nicht umgekehrt. Das aufwändige Antragsystem muss entbürokratisiert und rechtlich zusammengeführt werden. Für Schule, Hort und außerschulische Bildungsangebote dürfen keine unterschiedlichen Standards und Rechtsansprüche gelten. Was für einen Lernort gewährt wurde, muss auch für die anderen in gleicher Weise zur Verfügung stehen.

Menschen mit Behinderungen müssen benötigte Assistenzleistungen und andere Unterstützungsangebote in allen Bildungsetappen garantiert werden.

Bildung ist zwar Ländersache, aber die Umsetzung inklusiver Bildung ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Auch im Bereich der Umsetzung von inklusiver Bildung muss die Kooperation zwischen Bund und Ländern darum ausgebaut und das Kooperationsverbot in der Bildung komplett aufgehoben werden.

Darüber hinaus muss dafür Sorge getragen werden, dass die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Bereichen inklusiv ausgerichtet ist. Die Verantwortlichkeit für die Kinder, Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen mit Behinderung ist bei der Kinder- und Jugendhilfe im SGB VIII mit Rechtsanspruch anzusiedeln. Dort ist auch auf den im SGB IX festzuschreibenden Anspruch auf bedarfsgerechte, einkommens- und vermögensunabhängige Teilhabeleistungen wie beispielsweise für Assistenz und Hilfsmittel zu verweisen.

DIE LINKE fordert mit Schüler- und Elternvertretungen, wichtigen Akteurinnen und Akteuren in den Kommunen, Behindertenverbänden, Gewerkschaften, pädagogischen Fachverbänden und mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Erarbeitung vergleichbarer und verbindlicher Standards für inklusive Schule, etwa für die Erfordernisse des gemeinsamen Unterrichts, bundeseinheitlich zu entwickeln und Ressourcen für deren länderübergreifende Verbreitung bereitzustellen. Gemeinsam mit den Ländern und Fachverbänden müssen Standards für die personelle, bauliche, technische und sächliche Ausstattung inklusiver Schulen erarbeitet und in Bund und Ländern, insbesondere auch im Baurecht gesetzlich verankert werden.

Ihre Thesen:

- *Auch in der Arbeitswelt ist Inklusion möglich. Ausbildungsangebote sollten sich an den Fähigkeiten der Bewerber ausrichten und nicht an den gerade verfügbaren Ausbildungsplätzen. Beschäftigungsmöglichkeiten in Werkstätten, Integrationsbetrieben oder auf einem abgetrennten „sozialen Arbeitsmarkt“ können nur ein ergänzendes Angebot zu Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt darstellen.*
- *Einfache Arbeitsplätze in Unternehmen und Betrieben sollten nicht abgeschafft werden. Menschen mit Teilleistungsschwächen sind grundsätzlich arbeitswillig und bildungsfähig. Ihr Einsatz auf einem Arbeitsplatz mit geringeren fachlichen Anforderungen ist wirtschaftlich sinnvoll.*
- *Es sollten weitere Ausbildungsgänge und Arbeitsplätze mit reduzierten Anforderungen geschaffen werden. Eine Ausweitung des Förderprogramms wäre sinnvoll. Dadurch könnten Aufwendungen für die Zahlung von Arbeitslosengeld erspart werden. Die Begleitung durch innerbetriebliche Mentoren am Arbeitsplatz sollte gefördert werden.*

Meine Antwort / Antwort der Fraktion DIE LINKE:

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach Verbesserung der Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen. DIE LINKE fordert (Bundestagsdrucksache 18/5227): Die Schaffung von Rahmenbedingungen für einen inklusiven Arbeitsmarkt - so wenig Sonderarbeitswelten wie möglich; langfristige und bedarfsgerechte Förderprogramme zur Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen; die Erhöhung der Beschäftigungsquote auf sechs Prozent sowie die Anhebung der Ausgleichsabgabe; die Änderung der Arbeitsstättenverordnung zur Schaffung einer barrierefreien Arbeitsumwelt; den Ausbau von Inklusionsunternehmen und -abteilungen; die Verbesserung von Beratung und Vermittlung von Menschen mit Behinderungen durch die Bundesagentur für Arbeit; das Recht auf reguläre Arbeitsverhältnisse und eine tarifliche Entlohnung für Beschäftigte in den Werkstätten für behinderte Menschen.

Die Bundesagentur für Arbeit muss die einheitliche Anlaufstelle für die Beratung und Vermittlung von Menschen mit Behinderungen sowohl für den Rechtskreis des SGB III als auch des SGB II sein. Die bestehende Schnittstellenproblematik und wechselnde Zuständigkeiten für Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit Behinderungen müssen überwunden werden. DIE LINKE fordert den personenzentrierten Ansatz als Instrument ohne Kostenvorbehalt auszugestalten. Dafür sind Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben bedarfsgerecht auf der Grundlage eines bundeseinheitlichen, am Lebenslagenansatz orientierten Bedarfsfeststellungsverfahrens auszugestalten.

Für Verlässlichkeit und Planbarkeit sind Förderungen trägerübergreifend und langfristig zu gewähren, auch in Form von dauerhaften Lohn-, Gehalts- sowie Mobilitätzuschüssen. Das Budget für Arbeit ist als Leistungsanspruch bedarfsgerecht auszugestalten.

Übergangswege in reguläre Beschäftigung wie der „Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor“ und die „Unterstützte Beschäftigung“ sind zu erweitern, beispielsweise durch dauerhafte Berufsbegleitung, und aus Bundesmitteln langfristig zu sichern.

Ihre These:

- *Es fehlt an bezahlbaren Wohnungen für Menschen mit Teilleistungsschwächen. Die SeHT-Landesvereinigung strebt an, in Zusammenarbeit mit kommunalen Wohnbaugesellschaften entsprechende Wohneinheiten zu schaffen. Hierfür braucht es politische Unterstützung.*

Meine Antwort / Antwort der Fraktion DIE LINKE:

Die UN-BRK muss umgesetzt werden. Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben. Sie sollen nicht verpflichtet sein, in besonderen Wohnformen zu leben. Das neue BTHG schränkt dieses Recht wie viele andere auch leider durch Kostenvorbehalte stark ein, so im neuen § 104 SGB IX. Dieser Mehrkostenvorbehalt muss gestrichen werden, so dass das Wunsch- und Wahlrecht hinsichtlich Wohnort und Wohnform uneingeschränkt garantiert wird.

DIE LINKE will barrierefrei bauen und setzt sich für inklusive Städte ein. Die Schaffung von barrierefreiem, uneingeschränkt nutz- und bezahlbarem Wohnraum für alle Menschen mit Behinderungen ist für DIE LINKE ein sehr wichtiges Anliegen. Daher fordern wir diskriminierungsfreies Wohnen als Menschenrecht im Grundgesetz zu verankern. Für die praktische Realisierung müssen politische Maßnahmen ergriffen werden, die ein weiteres Ansteigen der Mieten auf Grund starker Nachfrage unterbinden. Wir wollen einen Neustart für einen sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau, mit barrierefreien Angeboten, deren Umsetzung in einem Bund-Länder-Konzept verbindlich zu vereinbaren ist. DIE LINKE fordert 5 Milliarden Euro jährlich, die über das Jahr 2019 hinaus den Neubau und den Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen für 250.000 Wohnungen im Jahr finanzieren, zweckgebunden, dauerhaft und vorrangig durch kommunale und gemeinnützige Träger. Einmal Sozialwohnung, immer Sozialwohnung, das muss in Zukunft gelten. Barrierefreies Bauen muss grundsätzlich im Baugesetz der BRD verankert werden. Barrierefreiheit soll, wie die Statik, vor Erteilung der Baugenehmigung einer Prüfung unterzogen werden.

DIE LINKE möchte, wie oben beschrieben, den Neustart für einen sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau mit entsprechenden barrierefreien Angeboten vorantreiben und ambulante, barrierefreie Wohnformen ausbauen. Beides muss entsprechend mit ausreichenden, finanziellen Förderungen ausgestattet werden.

Ihre These:

- *Die Möglichkeiten des „persönlichen Budgets“ sollten auch Menschen mit Teilleistungsschwächen zugutekommen.*

Meine Antwort / Antwort der Fraktion DIE LINKE:

Ja – siehe oben zu den Ausführungen zu den Teilhabeleistungen.

Ihre These:

- *Beratungs- und Hilfsangebote für Betroffene sind über die verschiedensten staatlichen und kommunalen Stellen verteilt, ohne dass eine Koordination stattfindet – Arbeitsagenturen, Jobcenter, gesetzliche Kranken- und Rentenversicherungen, Sozialhilfeträger, Pflegekassen, Integrationsämter, Gesundheitsämter, schulpsychologische Dienste, Sozialämter, Träger der Wohlfahrtspflege usw. Es muss sich erst noch zeigen, ob die im SGB IX vorgesehene Abstimmung zwischen den verschiedenen Stellen in der Praxis funktioniert. Wir fordern für Menschen mit Teilleistungsschwächen eine Anlaufstelle zur „Beratung aus einer Hand“ bzw. nach dem Vorbild der EG-Dienstleistungsrichtlinie einen „einheitlichen Ansprechpartner“.*

Meine Antwort / Antwort der Fraktion DIE LINKE:

Bezüglich von Teilhabeleistungen müssen Ansprüche und Bedarf nach bundesweit einheitlichen Kriterien auf Grundlage der ICF festgestellt werden. Verantwortliche Entscheidungsstellen sind einzurichten. Diese sind bundesweit einheitlich zuständig für die Antragsannahme, Anspruchsprüfung und -feststellung sowie die Bedarfsermittlung. Sie bewilligen die Leistungen und sichern die Leistungsverpflichtung der Rehaträger. Dieses Verfahren muss unter aktiver Beteiligung der Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen diskriminierungsfrei ausgestaltet werden.

Eine beitragsfreie, wohnortnahe und von den Leistungsträgern sowie Leistungserbringer unabhängige Beratung muss Teil des Anspruchs sein. Diese Sollte im Sinne „Betroffene beraten Betroffene“ (Prinzip des Peer Counseling) ausgestaltet werden.

25. Oktober

**Im Gespräch mit der Politik:
Bundestagsabgeordneter Johannes Steiniger**



Am 25. Oktober 2017 haben sich Inge Bellmann und Werner Fröhlich vom Vorstand der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz und Karl Gajewski, Vorsitzender der Bundesvereinigung, zu einem Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Johannes Steiniger (CDU) getroffen. Steiniger zählt mit 31 Jahren zu den jüngsten Bundestagsabgeordneten. Er wurde als Kandidat im Wahlkreis Neustadt / Speyer direkt gewählt und ist Mitglied im Sportausschuss und im Finanzausschuss. Das Gespräch diente einem ersten Kennenlernen. Hierbei wurde deutlich, dass

Steiniger für die bildungs- und sozialpolitischen Thesen, die die SeHT-Landesvereinigung im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 an Wahlkreisbewerber übersandt hatte, aufgeschlossen ist.

Die SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz setzt sich seit jeher dafür ein, dass Menschen mit Beeinträchtigungen ein Recht auf umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. Dazu gehört selbstverständlich auch die politische Teilhabe. Das Gespräch mit Johannes Steiniger reiht sich ein in die Pflege von Kontakten zu Politikern verschiedener Parteien auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. SeHT wirbt damit für die Förderung von Menschen mit Teilleistungsschwächen - ein Thema der Sozial- und Bildungspolitik, welches nach wie vor politische Aufmerksamkeit verdient.

Werner Fröhlich



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales



Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 53107 Bonn

An die Vorsitzende
der SeHT Selbständigkeitshilfe
bei Teilleistungsschwäche e.V.
Landesvereinigung Rheinland-Pfalz
Frau Inge Bellmann
Königsberger Straße 6
67346 Speyer

REFERAT	Va2
BEARBEITET VON	Hans Peter Schell
HAUSANSCHRIFT	Rochusstraße 1, 53123 Bonn
POSTANSCHRIFT	53107 Bonn
TEL	+49 228 99 527-2912
FAX	+49 228 99 527-1097
E-MAIL	hans-peter.schell@bmas.bund.de
DE-MAIL	poststelle@bmas.de-mail.de
INTERNET	www.bmas.de

Bonn, 1. September 2017
AZ Va2 - 58098-54

Bildungs- und sozialpolitische Thesen der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz e.V.; Ihr Schreiben vom 14. August 2017 an Frau Bundesministerin Andrea Nahles

Sehr geehrte Frau Bellmann,

Frau Bundesministerin Andrea Nahles dankt Ihnen für die ihr übermittelten bildungs- und sozialpolitischen Thesen der SeHT-Landesvereinigung Rheinland-Pfalz e.V. Ich bin gebeten worden, Ihnen zu antworten.

In Ihren Thesen führen Sie einleitend aus, die mit dem Bundesteilhabegesetz eingeführten Verbesserungen seien in erster Linie gedacht für Menschen mit einer Schwerbehinderteneigenschaft, also einem Grad der Behinderung von wenigstens 50 und brächten in erster Linie Verbesserungen für diese Personengruppe. Die Gruppe der Menschen mit einer Teilleistungsschwäche profitiere nicht davon, da sie in aller Regel nicht schwerbehindert seien.

Tatsächlich sieht das mit dem Bundesteilhabegesetz neu gefasste Neunte Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) auch wichtige Verbesserungen für schwerbehinderte Menschen vor, so die Stärkung der Interessenvertretungen der schwerbehinderten beschäftigten Menschen in den privaten Betrieben und den öffentlichen Verwaltungen, die Einführung eines neuen Merkzeichens im Schwerbehindertenausweis für die Personengruppe der taubblinden schwerbehinderten Menschen und die Einführung von Mitbestimmungsrechten der

Werkstatträte in den Werkstätten für behinderte Menschen und die Einführung von Frauenbeauftragten in diesen Einrichtungen.

Gerade aber die von Ihnen in diesem Zusammenhang aufgeführten Wahlmöglichkeiten sind nicht nur für schwerbehinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von wenigstens 50 geschaffen worden, sondern für alle Menschen mit Behinderungen. Das gilt insbesondere für die Wahlmöglichkeiten bei der Teilhabe am Arbeitsleben, wobei ich hier das zum 1. Januar 2018 eingeführte Budget für Arbeit nennen möchte. Das gilt auch für die anderen mit dem Bundesteilhabegesetz neu gestalteten Leistungen zur Teilhabe wie zum Beispiel die Aufnahme einer neuen Leistungsgruppe zur Teilhabe an Bildung in Teil 1. Für diese Leistungen wird die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch nicht vorausgesetzt. Bei den Leistungen der Früherkennung und Frühförderung sowie den Heilpädagogischen Hilfen verbleibt es dabei, dass diese Leistungen auch Kindern zugutekommen, die von Behinderung bedroht sind.

Das SGB IX ist künftig in drei Teile gegliedert:

- In Teil 1 ist das für alle Rehabilitationsträger geltende Rehabilitations- und Teilhaberecht zusammengefasst. Wichtig ist, dass in den Fällen, in denen Leistungen mehrerer Rehabilitationsträger erforderlich sind, der leistungsverantwortliche Leistungsträger ein verpflichtendes Teilhabeplanverfahren durchzuführen hat. Der Mensch mit Behinderungen ist dabei von Beginn an einbezogen. Er muss dann für die unterschiedlichen Leistungen nicht mehrere Anlaufstellen aufsuchen. Leistungen können damit aus einer Hand erbracht werden.
- In Teil 2 ist künftig das Recht der Eingliederungshilfe geregelt, das ab 2010 neu ausgerichtet wird zu einer personenzentrierten Leistung. Leistungsberechtigt sind Menschen mit wesentlichen Behinderungen, ab 2023 Menschen mit Behinderungen, die in erheblichem Maße in ihrer Fähigkeit zur Teilhabe an der Gesellschaft eingeschränkt sind.
- Das Schwerbehindertenrecht ist künftig in Teil 3 geregelt.

Wenn Sie in Ihren bildungs- und sozialpolitischen Thesen zum Ausdruck bringen, für Menschen mit Teilleistungseinschränkungen sollten weitere Ausbildungsgänge und Arbeitsplätze eingerichtet und gefördert werden, so könnte dadurch der Eindruck entstehen, für diese Menschen mit Behinderungen gebe es heute keine Fördermöglichkeiten.

Dies halte ich nicht für zutreffend. So möchte ich auf die vielfältigen Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit wie berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, ausbildungsbegleitende Hilfen für förderungsbedürftige junge Menschen oder auch die im Jahre 2009 eingeführte Unterstützte Beschäftigung hinweisen, die gerade auch für Menschen mit Teil-

Seite 3 von 3

leistungseinschränkungen ein Weg sein kann. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales fördert aktuell Integrationsbetriebe (ab 1.1.2018 Inklusionsbetriebe) über die bereits durch die Integrationsämter geleistete Förderung hinaus in erheblichem Umfang aus Mitteln der Ausgleichsabgabe. Inklusionsbetriebe sind aus Sicht des Bundesministeriums für Arbeit ein wichtiger Bestandteil der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Auch Menschen mit Teilleistungseinschränkungen können davon ggfls. profitieren.

Zu Ihrer Forderung nach einer Beratung „aus einer Hand“ möchte ich auf den mit dem Bundesteilhabegesetz in das SGB IX neu eingeführten § 32 verweisen. Mit dieser Vorschrift wurden flankierend zu einem trägerübergreifenden Teilhabeplanverfahren die gesetzlichen Voraussetzungen für ein unentgeltliches, allen Menschen mit (drohenden) Behinderungen und ihren Angehörigen offenstehendes und Orientierung gebendes Angebot zur Beratung über Leistungen zur Rehabilitation und Teilhabe geschaffen. Daher fördert der Bund niedrighschwellige, von Leistungsträgern und Leistungserbringern unabhängige Beratungsangebote, die nur dem Ratsuchenden gegenüber verpflichtet sind und unter Nutzung der Beratungsmethode des Peer Counseling zur Stärkung der Selbstbestimmung und Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit (drohenden) Behinderungen beitragen. Für diese, auf bestehenden Strukturen aufsetzende und die gesetzlichen Beratungspflichten der Rehabilitationsträger „Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung“ stehen ab dem 1. Januar 2018 für die Dauer von fünf Jahren jährlich 58 Mio. Euro zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Sascha Köhne

